

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 41 SONNTAG, 25. März 1934

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:  
Dr. Richard Kern: Von Kreuger zu Hitler  
Hakenkreuzbischof als Betrüger vor Gericht  
Riesensteuerschiebungen des Stahlvereins  
Kommen die Habsburger wieder?

# Frau und Kind Segers gefangen

Das gelbe Regime hat einen Gewaltakt verbrochen, der es unter die Kampfmethoden der Buschneger sinken läßt. Die Frau des Genossen Seger, der durch seine Broschüre „Oranienburg“ das Weltgewissen gegen die Schande der Konzentrationslager aufgerüttelt hat, ist nun mit ihrem kleinen Kind selbst ins Konzentrationslager geschleppt worden. Beide sollen festgehalten werden, bis sich der aus der Hölle von Oranienburg Geflüchtete den deutschen Behörden stellen würde. Ein Bittgesuch der Angehörigen an den Reichsstatthalter blieb ohne Erfolg. Die gelbe Kopfgängerei bedroht jetzt sogar unschuldige Frauen und kleine Kinder.

Am 19. Februar 1934 sind in Dessau die 30 Jahre alte Ehefrau Elisabeth des Genossen Gerhart Seger und sein 19 Monate altes Töchterchen Renate verhaftet und in das Konzentrationslager Roßlau bei Dessau gebracht worden.

In einem Reuter-Telegramm, das am 19. März bei der englischen Presse eintraf, wurde die Tatsache dieser Verhaftung von Frau und Kind und ihre Unterbringung in einem Konzentrationslager von den deutschen Behörden zugegeben. Es wurde aber behauptet, daß Frau Seger sich mit dem Kind freiwillig in das Konzentrationslager begeben habe, um gegen die Gefahr von — Kindesraub geschützt zu sein. Diese unsinnige Ausrede spottet schon deshalb jeder Beschreibung, weil die Ehefrau des Genossen Seger seit seiner gelungenen Flucht aus dem Konzentrationslager Oranienburg in ihrer Wohnung in Dessau und auf ihren Spaziergängen und Einkäufen auf Schritt und Tritt von zwei Polizeibeamten überwacht worden ist. Die Familie der Ehefrau Segers hat sich mit einem Brief an den Reichsstatthalter für Anhalt und Braunschweig, Loeper, gewendet und hat um die Entlassung von Frau und Kind gebeten, die ja doch

wirklich völlig unschuldig seien. Die Antwort des Reichsstatthalters lautet:

„Frau und Kind von Seger könnten nicht eher entlassen werden als bis der „Landes- und Volksverräter“ Seger sich den deutschen Behörden wieder stelle.“

Damit ist das klare Eingeständnis gegeben, daß es sich um einen neuen Fall von Geiselnahme handelt.

Der Fall hat in Skandinavien, das Genosse Gerhart Seger eben bereist hat, und in England, wo er sich augenblicklich befindet, ungeheures Aufsehen hervorgerufen. Die Presse, ohne Unterschied der Partei, ist einig in der Verurteilung eines Systems, das sich an Frauen und Kindern vergreift, um an seinen politischen Gegnern Rache zu nehmen.

Göring hat in seinem letzten Erlaß über die Zentralisierung des Terrors von „erhöhter Rechtssicherheit“ gesprochen. Hier ist die erhöhte Rechtssicherheit, wie man sie in deutschen Regierungskreisen aufpaßt! Eine Frau und ein noch nicht zwei Jahre altes Kind als Geiseln verhaftet, obgleich sie völlig unschuldig sind, beide in ein Konzentrationslager gesperrt, — das ist das neue deutsche Recht,

das sind die echt germanischen Ehebegriffe der Despoten des Dritten Reiches!

Durch die Gefangennahme von Frau und Kind soll eine Erpressung an einem Opfer des Systems ausgeübt werden, dem es nach monatelanger qualvoller Gefangenschaft gelungen ist, zu entfliehen. Diese Form der Erpressung nennt man in englisch sprechenden Ländern kidnaping (Menschenraub). In den Vereinigten Staaten wird zur Zeit ein unerbittlicher Polizeifeldzug gegen die kidnapers geführt. In Deutschland gehört diese Methode zur „erhöhten Rechtssicherheit“ und wird offiziell angewandt!

Dieser Erpressungsversuch zeugt zugleich von gemeiner Rachsucht. Die Enthüllungen Segers über Oranienburg bereiten dem braunen Regime schwere Verlegenheiten. Wären sie nicht wichtig, hätte das Regime nichts von ihnen zu fürchten — warum dann eine so gemeine Rache?

Das Lager Oranienburg — diese Stätte körperlicher und seelischer Marterung — bleibt bestehen. Unsere Mitteilung über seine Aufhebung ging auf eine Falschmeldung der gleichgeschalteten „Frankfurter Zeitung“ zurück. Nach wie vor wird dort weiter gefoltert werden. Das Regime ist entschlossen, den äußersten Grad der Barbarei durchzuhalten!

Aber das alles wird nicht viel helfen und aus der Goldkrise wird der Ausweg nicht so leicht zu finden sein. R. K.

# Die Krise der Reichsbank

### Verzweifelte Suche nach Auswegen aus der Goldkrise

Die deutsche Gold- und Devisenlage wird immer kritischer und die Beunruhigung sowohl in den deutschen wie in den internationalen Wirtschaftskreisen nimmt rasch zu. Der Gold- und Devisenbestand der Notenbank ist in der zweiten Märzwoche um nichts weniger als rund 45 Millionen, von 319 auf 274 Millionen zurückgegangen. Das ist der bisher tiefste Stand, der in der bewegten Geschichte der Reichsbank zu verzeichnen ist. Die kleine Anreicherung, die der Goldbestand durch das Transformatorium vorübergehend erzielen konnte, ist seitdem völlig verloren gegangen.

Das Schlimmste ist, daß die Außenhandelsbilanz sich weiter ungünstig entwickelt.

Hatte der Januar zum ersten Male seit Jahren mit einem Passivum, einem Einfuhrüberschuß von 22 Mill. (nach den neuerdings berichtigten Zahlen) geschlossen, so ergibt sich im Februar ein neues, noch größeres Passivum von 35 Millionen. Die Ausfuhr erreichte mit 343 Mill. den bisher tiefsten Stand und lag mit 7 Mill. unter dem bisher ungünstigsten Ergebnis des Januar, während die Einfuhr mit 378 die Januareinfuhr um 6 Millionen übertraf.

Nun muß in diesem Stadium der Konjunktur damit gerechnet werden, daß die Rohstoffpreise — also die Preise des größten Teiles der Einfuhr — rascher steigen, als die der Fertigerwaren, die den Hauptbestandteil der Ausfuhr ausmachen. Die ungünstige Handelsbilanz dürfte also bestehen bleiben. Der Goldbestand nähert sich aber einem Minimum, das kaum mehr stark unterschritten werden kann. Man vergegenwärtige sich, daß der Goldbestand der deutschen Notenbank heute kaum mehr als das Doppelte des Goldes der Notenbank des

an Einwohnerzahl zehnmal kleineren, an Umsatzfähigkeit noch vielmals schwächeren Oesterreich beträgt!

Kein Wunder, daß in der deutschen Presse die angstvollen Betrachtungen sich häufen. Die „Frankfurter Zeitung“ z. B. verlangt „nach dem Vorbild anderer Länder“ (Mexiko, Balkan?) „eine grundsätzliche Atempause für den Schuldentransfer“, also die vollständige Zahlungseinstellung. Aber da selbst das noch nicht genügt, wenn die Passivität der Zahlungsbilanz anhält, so wird bereits erwogen, die Einfuhr durch weitere Beschränkungen der Devisenzuteilungen zu drosseln, über die Prozentige Einschränkung hinaus, die für den März angeordnet ist. Leider ist eine solche Maßnahme mit einem kleinen Schönheitsfehler behaftet: man muß dann schon auf die vermehrte Einfuhr von Kriegsrohstoffen verzichten. So tauchen andere Pläne auf. Mit großer Bestimmtheit wird von Wirtschaftskreisen versichert,

daß wie im Kriege die im deutschen Besitz befindlichen ausländischen Effekten aufgerufen und beschlagnahmt werden sollen und die deutschen Besitzer zerbrochen sich die Köpfe darüber, wie sie sich davor rechtzeitig schützen können.

Schüchtern wagen sich auch Appelle an das Ausland hervor, das dem deutschen Export durch Einfuhrerleichterungen — „im eigenen Interesse“ versteht sich — fördern oder gar neue Kredite geben soll — im selben Augenblick, wo Deutschland selbst immer neue protektionistische Maßnahmen trifft, sein Dumping verstärkt und die alten Kredite nicht zurückgezahlt.

# Görings Bombe?

Görings Persönlichkeit ist von Geheimnissen umwittert. Dem Reichstagsbrand folgten die geheimnisvollen Flieger über Berlin, die außer Göring kein Mensch der Millionenstadt gesehen hatte, nun kam der merkwürdige Sprengstoffanschlag im Regierungsviertel, der sofort als ein Anschlag auf Göring ausposaunt wurde. Aber merkwürdig: Kaum war die Presseaktion im Gange, da wurde sie wieder schnell abgeblasen, denn — Göring war gar nicht in Berlin gewesen. Hatte die Regie nicht geklappt, so wie beim Reichstagsbrand, den Göring laut seiner eigenen eidlichen Aussage eine halbe Stunde vor Ausbruch bereits telefonisch gemeldet bekam? Hatte sich der „Attentäter“ in der Zeit geirrt oder ist Göring plötzlich von Berlin abgerufen worden, so daß die Hauptfigur in der Schwindelkomödie fehlte?

Fragen über Fragen, die wahrscheinlich nie ganz aufgeklärt werden. Für diesen Augenblick sei nur festgestellt, daß es in Deutschland eine einzige Partei gibt, die das Umlegen politischer Gegner systematisch betreibt, die den Mord verherrlicht, die Mörder belohnt und auszeichnet. Das ist die nationalsozialistische Partei. Zu ihren Heroen zählt sie die Fischer und Kern, die den ausgezeichneten selbstlosen und humanen Reichsminister Rathenau, einen der glänzendsten Geister seiner Zeit ermordet haben und denen man zum Dank dafür im Dritten Reich ein Denkmal gesetzt hat.

Der Mord gehört also zu diesem System.

# Das ist Hitlers Sozialismus!

Poesie von Unterhaching — Prosa von Berlin

Hitler hat am 21. März in einer Rede in Unterhaching versichert, Deutschland sei ein sozialistisches Land. Hitler hat wieder einmal über Dinge geredet, von denen er nichts versteht. Sein Wirtschaftsminister Schmitt, ein alter Generaldirektor, versteht davon immerhin etwas mehr. Er hat kurz vor Hitler eine Rede gehalten, die ganz anders klingt und der Wirklichkeit viel näher kommt.

Schmitt erläuterte in dieser Rede das mit großer Reklame angekündigte Gesetz zur „Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft“, das am 27. Februar vom Kabinett fabriziert worden war.

Schon der Titel des Gesetzes ist eine Lüge. Denn es handelt sich nicht um einen „organischen Aufbau“ der Wirtschaft, nicht um eine umgestaltende, die weltwirtschaftliche Entwicklung fördernde, die schreienden Ungerechtigkeiten der kapitalistischen Verteilung auch nur einigermaßen mildernde Maßnahmen, sondern um eine rein mechanische Stärkung der Unternehmerorganisation durch Verwandlung dieser Organisation in Zwangsverbände, denen alle Unternehmer von jetzt an beitreten müssen.

An diesem sehr einfachen Tatbestand ändert auch der Phrasenschwall nichts, mit dem Herr Schmitt das Gesetz erläutert hat. Festzuhalten ist nur das Geständnis, daß es sich auch bei dieser Maßnahme nicht um den „ständischen Aufbau“ handelt, den die Nationalsozialisten bekanntlich als Grundlage der neuen, von allen Klassengegensätzen befreiten Gesellschaft einst versprochen hatten. Denn dieser Aufbau ist nicht nur, wie Herr Schmitt sagte, von den Führern „bewußt zurückgestellt“ worden,

er ist in Wirklichkeit durch die völlige wirtschaftliche und politische Entrechtung des „Arbeiterstandes“ ganz unmöglich geworden und gerade dieses Gesetz entlarvt den frechen Schwindel, den die Nationalsozialisten mit dem Korporationsgedanken treiben, mit beßender Klarheit.

Denn während die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten jeder Funktion beraubt wurden, die Deutsche Arbeitsfront nur das Mittel ist, Zwangsbeiträge zu erheben, um einen Teil des nationalsozialistischen Herrschaftsapparates durch die erpreßten Beiträge der Beherrschten zu erhalten, bleiben die Unternehmerorganisationen erhalten und werden durch den Beltrittszwang außerordentlich gestärkt. Die „große Zahl von Außenstehenden, die sich bisher dauernd jeder Einflußnahme entzog“, wird, wie Herr Schmitt feststellt, nunmehr verschwinden, der Unternehmerverband erhält diktatorische Macht über alle seine Mitglieder. Aber diese Macht soll, verkündet der Wirtschaftsminister des Nationalsozialismus, mit Worten, deren Klarheit man nur anerkennen kann, ausschließlich dem kapitalistischen Unternehmer dienen. Man muß dieses kapitalistische Bekenntnis des früheren Generaldirektors der Allianz schon deshalb wörtlich genießen, weil solch naive Verherrlichungen der kapitalistischen Wirtschaft seit dem Krisenzusammenbruch selbst im „liberalistischen“ Munde selten geworden waren.

„Wenn wir uns die Frage stellen: Was wollen wir mit dem geplanten Umbau erreichen? so ist dazu folgendes zu sagen: Auf keinen Fall wollen wir das tausendfältige Eigenleben unserer Wirtschaft zerstören. Wir brauchen auch in Zukunft den selbst-

ständigen Unternehmer, der mit seinem Unternehmen auf Cedelt und Verderb verbunden ist. Wer ein Unternehmen führt, muß die Verantwortung tragen. Die guten Taten sollen sich auch für den auswirken, der sie vollbrachte, und die schlechten sollen nicht auf dem Rücken anderer ausgetragen werden können. Auch in Zukunft soll wirtschaftlich weitergekämpft werden. Ohne ehrlichen Konkurrenzkampf geht es nicht. Wenn die Form der privaten Wirtschaft ihre Daseinsberechtigung hat, so vor allen Dingen deshalb, weil sie in ihrem immer wieder jungen Ringen um die bessere Leistung alle Kräfte der Wirtschaft frisch erhält und zu Höchstleistungen anspornt. Das entspricht dem nationalsozialistischen Leistungsprinzip und ist Voraussetzung für die Wiedergewinnung seines Wohlstandes, sei es auf dem Binnenmarkt oder auf dem Weltmarkt, auf den wir als hoch industrialisiertes Land besonders angewiesen sind."

**Kapitalistische Konkurrenz- und Profitwirtschaft gleich nationalsozialistisches Leistungsprinzip!** Ein Glück, daß das eine so hohe Stelle des nationalsozialistischen Regimes verkündet. Sagte das ein Marxist, er käme ins Konzentrationslager!

Wenn aber durch die Schaffung der Zwangsorganisationen ein altes Ideal der kapitalistischen Unternehmersyndik erfüllt wird, wenn diese Organisationen mit vermehrter, durch den totalen Staat verliehenen Macht ihre bisherigen Funktionen verstärkt ausüben, ja wo bleibt denn da noch irgend was Nationalsozialistisches übrig? Nun auch das ist vorhanden: auch in diesen Organisationen wird das „Führerprinzip“ verwirklicht. Aber dieses Prinzip sieht bei den Unternehmern verdammt anders aus als bei den Arbeitern. Während man zum „Führer“ der Arbeitsfront den allen wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Fragen völlig fremden Trunkenbold Dr. Ley eingesetzt und zugleich dafür gesorgt hat, daß er nichts zu „führen“ hat, weil die Arbeitsfront sich um die gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Interessen nicht mehr kümmern darf, werden zu Führern der Unternehmerorganisationen ausschließlich Unternehmer, zumeist die bisherigen Leiter der Organisationen, ernannt. Und während die Arbeiter auf ihre Führer nicht den geringsten Einfluß haben, sondern ihnen auf Gnade und Ungnade unterworfen bleiben, muß der Unternehmer-Führer jedes Jahr ein Vertrauensvotum des „Führerrats“ einholen, der natürlich ebenfalls aus Unternehmern besteht.

Man sieht, weder an den Aufgaben noch auch an der Selbstverwaltung der Unternehmerorganisationen wird in Wirklichkeit wesentliches geändert — aus dem einfachen Grunde, weil die Wirtschaftsmacht des totalitären Staates oben von den Großkapitalisten mit Hilfe der Hitler, Heß, Schmitt und Schacht restlos usurpiert wird.

Und dafür den Beweis zu erbringen, hat sich Herr Schmitt durch die Bestellung der neuen Wirtschaftsführer beeilt. „Führer der Gesamtorganisation der gewerblichen Wirtschaft“ wird ein Herr Philipp Keßler, ein Mann mit kaum durchschnittlicher Begabung, der die übliche Karriere im scharfmacherischen Siemens-Konzern zurückgelegt hat und zuletzt Direktor bei der Bergmann-Elektrizitäts-AG. gewesen ist, ein gefügiges Werkzeug des Elektrokapitals. Stellvertreter und Hauptgeschäftsführer wird der bisherige Treuhänder der Arbeit in Stettin, Graf von der Goltz. Wer ist das nur? In der gleichgeschalteten Presse, die ausführlich über Keßler berichtet, findet man über den Grafen kein Wort. Wir aber erinnern uns: der Herr Graf war früher in der Deutschen Union-Bank und diese Bank war die Bank des großen Ivar Kreuger, des schwedischen Zündholzkönigs und des größten nordischen Schwindlers aller Zeiten. Dann ging der Graf nach Stettin, wurde rechtzeitig P.g. und machte Karriere vom Treuhänder Kreugers zum Treuhänder der Arbeit

bis zum stellvertretenden obersten Wirtschaftsführer! Die Wege des Nationalsozialismus sind wunderbar ..

Aber diese obersten Führer werden wahrscheinlich weniger Bedeutung erlangen als die Führer der Wirtschaftsgruppen. Die Industrie wird in sieben Hauptgruppen gegliedert, dazu kommen als besondere Gruppen: Handel, Handwerk, Banken und Kredit, Versicherungen und Verkehr. Und wer sind die Leiter? Wir wollen nur einige nennen. Heraus-

# Wer — mit wem — gegen wen?

## Inflation der Verträge

Leute mit besonders gutem Gedächtnis erinnern sich noch, daß es einmal einen sogenannten Viererpakt gegeben hat. Dieser Pakt war zwischen England, Frankreich, Deutschland und Italien vereinbart und stellte die Politik Europas auf ganz neue Grundlagen. Die vier Großen wollten sich über ihre außenpolitischen Taten im vornherein verständigen: waren aber sie miteinander einig, so war der europäische Frieden gesichert.

Das ist nun freilich sehr lange her, mehr als ein halbes Jahr! Seitdem sind schon wieder verschiedene andere Pakte geschlossen worden, so der zwischen Deutschland und Polen und jetzt der zwischen Italien, Oesterreich und Ungarn. Aber weder hat damals Deutschland noch hat jetzt Italien die anderen drei Teilnehmer des Viererpaktes gefragt, ob sie mit Polen, Oesterreich, Ungarn oder wem sonst Verträge schließen dürfen.

Der Viererpakt ist faktisch gar nicht in Kraft getreten. Wer hätte aber Deutschland oder Italien, wenn sie es ernst mit ihm meinten, gehindert, in seinem Sinne zu handeln? Sie haben gar nicht daran gedacht, dies zu tun, weil internationale Pakte von heute nicht mehr den Wert wirklicher Verträge besitzen, sondern nur noch Instrumente des diplomatischen Bluffs sind.

Danach ist bestimmt die Haltbarkeit des deutsch-polnischen, vielleicht auch die des italienisch-österreichisch-ungarischen Paktes zu beurteilen.

In Berlin hat ein polnischer Verbrüderungsredner mit einem Doppel-Heilruf auf Pilsudski und Hitler geschlossen. Gleich darauf wurden in Warschau die Fenster der tschechoslowakischen Gesandtschaft eingeworfen. Herr Barthou, der nächstens aus Paris nach Warschau und Prag reist, wird sie schon wieder reparieren.

Viel ernster ist der Handel um Oesterreich. Benesch hat in seiner letzten nur zum Schein optimistischen Rede deutlich gesagt, worum es geht. Wenn wirklich eine Vereinbarung aller interessierten Mächte über Oesterreich, eine echte und ehrlich gemeinte Vereinbarung notwendig ist, um einen Krieg zu vermeiden, dann kommt der Krieg, denn jene Vereinbarung ist nicht möglich!

Das Wetrüsten ist im vollen Gange. Jeder weiß, daß die Abrüstung nur noch ein Stoff für Witzblätter ist. Jetzt aber plädiert man vielfach — da angeblich irgendein Abkommen besser ist als gar keines — für eine Vereinbarung zur Kontingentierung und Kontrolle der Rüstungen. Man soll also mit Hitler verhandeln, wieweit ihm das Aufrüsten erlaubt sein soll und dann soll man ganz scharf aufpassen, ob er diese neugesteckten Grenzen nicht auch wieder überschreitet.

Ein Pakt dieses Inhalts wäre ein neues Aktenbündel zu alten Aktenbündeln in den Schränken der Auswärtigen Aemter. Mehr nicht. So dumm ist hoffentlich kein Mensch, zu glauben, daß Hitler wegen eines solchen Papiers auch nur einen einzigen Mann weniger einstellen und bewaffnen würde.

Jedes Rüstungsabkommen, mag es die kontingentierte Abrüstung oder die kontingentierte Aufrüstung bezwecken, ist Sand in die Augen und Selbstbetrug. Wahrheit ist, daß sich alles auf einen

neuen Krieg vorbereitet, der nicht zu verhindern ist, wenn nicht noch rechtzeitig, bevor er ausbricht, eine antifaschistische Revolution in Europa neue Machtverhältnisse schafft.

## Reichsbahn in Not!

Welches Ausmaß die nationalsozialistische Bankrottwirtschaft schon angenommen hat, zeigt der Jahresbericht der Deutschen Reichsbahngesellschaft über das Jahr 1933. Der katastrophale Verkehrsrückgang ist geradezu ein Spiegelbild für den Verfall der deutschen Wirtschaft. Die Gesamteinnahmen der Reichsbahn liegen um nahezu 50 Prozent unter den Einnahmen des Jahres 1929. Das Absterben der Einnahmen erstreckt sich auf den Personen-, Gepäckverkehr wie den Gütertransport. Die Bilanzierung des Etats ist um so schwieriger als die Reservefonds völlig erschöpft sind. Das vielbesungene Arbeitsbeschaffungsprogramm ist zwar bei der Eisenbahn zwangswise durchgeführt worden und der gesamte Aufwand für 1933 wird mit 1,4 Milliarden Mark beziffert, doch zeigt sich in der Finanzierung dieser Riesensumme, in welcher schwindelhaften Weise der „Sieg der Arbeitsschlacht“ errungen werden konnte. Wir geben die entscheidende Stelle des Berichtes wörtlich wieder:

„Die zusätzlichen Arbeitsbeschaffungen konnten nicht durch Aufnahme einer langfristigen Anleihe finanziert werden, weil der Kapitalmarkt das zur Zeit nicht zuläßt. Daher mußte eine umfangreiche und kostspielige Finanzierung über Wechsel vorgenommen werden. Die Reichsbahn arbeitet dabei in engster Fühlung mit der Reichsbank, und der Reichsregierung, die beide ihre weitgehende Unterstützung zugesagt haben.“

Wenn sich private Kaufleute gegenseitig eine solche Wechselreferelei erlauben, kommen sie ins Zuchthaus.

Trotz des Wegfalls der Reparationssteuern schließt die Betriebsrechnung mit einem großen Defizit ab. Zum Trost für das deutsche Volk bemerkt der Bericht:

„Die Reichsbahn wird ihre ganze Sorge darauf richten müssen, wenigstens einen buchmäßigen Rechnungsausgleich für 1933 zu finden.“

Ueber die Tatsache des Rückgangs des Personenverkehrs beruhigt sich die Reichsbahngesellschaft, indem sie meint, daß sich die Besserung der Lage im ersten Jahr nationalsozialistischer Wirtschaft noch nicht hätte auswirken können. Die Personalstatistik zeigt, daß als Ergebnis der großen Arbeitsbeschaffungsaktion eine Steigerung der Zahl aller Bediensteten von 600.595 im Jahre 1932 auf 602.619 im Jahre 1933 eingetreten ist. Zunahme rund 2000 oder ein Drittel Prozent!

## 100-Stundenwoche

Die nationalsozialistische „Bayerische Ostwacht“ berichtet:

Die Fachschaft der Fabrikarbeiter der Deutschen Arbeitsfront nahm in Verbindung mit der Gaubetriebszellen-Abteilung Unterfranken in den letzten Tagen in Kitzingen Kontrollen der Tarife vor. Auf Grund der vorgefundenen Zustände mußte am vergangenen Freitag ein Unternehmer in Schutzhaft genommen werden, in dessen Betrieb über 150 Arbeiter beschäftigt sind, die

teilweise wöchentlich bis zu 100 Stunden arbeiten müssen

und weit unter Tarif entlohnt wurden. Die gesetzlichen sozialen Lasten wurden vom Arbeitgeber für die Ueberstunden nicht ab-

geführt. Die Untertarifbezahlung machte jährlich Tausende von Mark.

Solange es noch Gewerkschaften und einen politischen Einfluß der Sozialdemokratie in Deutschland gab, bedurfte es keiner Schutzhaft, um derartige Exzesse der Ausbeutung zu verhindern. Heute müssen sich die Arbeiter alles gefallen lassen — und wenn dann gelegentlich ein brauner Bonze Kraft markiert und einen kleineren Unternehmer für ein paar Tage ins KZ. schickt, so wird an den furchtbaren sozialen Zuständen nichts geändert.

## Warum trinken die Arbeiter nicht Wein?

In einem „Aufruf an alle schaffenden Deutschen Volksgenossen“ nimmt sich Staatsrat Willi Börger, seines Zeichens Treuhänder der Arbeit für das Rheinland, der Winter an, die ihren Wein nicht mehr los werden können, weil der deutsche Arbeiter zu wenig Wein trinkt. „Weintrinken ist nicht Luxus“, erklärt der Herr Staatsrat dem schaffenden deutschen Volke. An der Winzernot sind selbstverständlich die Sozialdemokraten schuld. Denn, so verkündet Willi Börger:

„Es entsprach marxistischer Gleichmacherei, das Weintrinken als kapitalistische Genußsucht hinzustellen. Die sich aus dieser Einstellung weiter kroise ergebende Abneigung gegen das Weintrinken führt zur Absatzstocung und damit notwendig zum großen Sinken der Weinpreise.“

Der Aufruf bringt sodann umfangreiches statistisches Zahlenmaterial, um nachzuweisen, daß der Alkoholverbrauch in Deutschland am niedrigsten ist von allen europäischen Ländern. Da muß etwas geschehen. Nachdem auch noch die besondere grenzpolitische Bedeutung des rheinischen Reblandes begründet wird, heißt es in dem Aufruf weiter:

„Der Wein erfreut des Menschen Herz — uralter Weisheit Spruch!“ Deshalb fordern wir in aller Schlichtheit aber auch mit aller Bestimmtheit, weg mit der unsinnigen unvernünftigen bisherigen Auffassung, daß das Weintrinken Luxus ist. . . . Nur 1 Liter Weinverbrauch pro Kopf der Bevölkerung im Jahr mehr, behebt alle Not des Winterstandes.“

Der Treuhänder der Arbeit vom Bezirk Rheinland könnte seine Statistik über den möglichen Mehrverbrauch von 1 Liter Wein pro Kopf und Jahr des deutschen Arbeiters uns schwer ergänzen, wenn er sie auch auf den seit dem Januar 1933 eingetretenen durchschnittlichen Lohnabbau pro Kopf und Jahr des deutschen Arbeiters ausdehnen wollte. Er würde dann finden, daß nicht marxistische Gleichmacherei, sondern kapitalistische Verelendungspolitik dazu geführt hat, nicht nur den Wein sondern auch noch viel edlere Kulturgüter für den deutschen Arbeiter zum unerreichbaren Luxus zu machen.

## Ende der »Vossischen Zeitung«

Von 1704 bis zum Dritten Reich.

Die »Vossische Zeitung«, auf der zwar nicht der Profit, aber der politisch-kulturelle Ruf der Firma Ullstein in früheren Jahren beruhte, hat ihren sämtlichen Redakteuren zum 1. April gekündigt. Eine besondere Note hat die »Vossische Zeitung« seit einem Jahr nicht mehr gehabt, sie hob sich durch nichts aus dem eintönig grauen Meer der gleichgeschalteten Presse heraus. Die »Vossische Zeitung« ist im Jahre 1704 gegründet worden. Eine über zwei Jahrhunderte sich erstreckende Tradition ging in der braunen Barbarei unter.

gehoben vor den anderen ist Herr Krupp von Bohlen und Halbach als Führer der Gruppe I (Bergbau, Eisen und Metallgewinnung) und zugleich als Führer der sieben ersten industriellen Hauptgruppen. Mit anderen Worten, Herr Krupp bleibt mit vermehrten Machtbefugnissen dasselbe, was er als Präsident des Reichsverbandes der Industrie gewesen ist. Führer der 2. Gruppe (Maschinenbau, Elektrotechnik usw.) wird Herr Blohm, einer der berühmtesten Scharfmacher, der als früherer deutschnationaler Abgeordneter sich als skrupelloster kapitalistischer Klopffechter erwiesen hat; als dritten Führer finden wir Herrn Albert Voegler von den Vereinigten Stahlwerken und so geht es weiter. Denn, so sagt Herr Schmitt, es war „mein Be-

streben, nur Führer herauszustellen, die im praktischen wirtschaftlichen Leben stehen, Männer, die von dem Vertrauen der Wirtschaft, des Staates und der nationalsozialistischen Bewegung getragen sind.“ Wer kann leugnen, daß dieses Bestreben restlos erfüllt worden ist?

Das Bild sieht nun freilich ganz anders aus als jenes, das Adolf Hitler in Unterhaching malte. Das wir Phantasie, hier ist die Wirklichkeit: Unten, ganz unten, die „Arbeiter der Stirn und Faust“, Sonntags im anbefohlenen Festgewand, aller Rechte, aller Selbstbestimmung, jeder Mitwirkung am eigenen Schicksal beraubt, hineingesperrt in eine Zwangsorganisation, die diesen Namen in jedem Sinne verdient, da sie den Zwang des totalen Staates gegen jede selbstän-

dige Regung der Arbeiterschaft bedeutet. Dann der „Nährstand“, der einer immer weiter sich ausdehnenden Zwangswirtschaft unterworfen wird, die von oben geregelt wird, deren Objekt er ist, an deren Gestaltung er nicht mitzuwirken hat. Dann Handwerk und Kleinhandel, die man durch zünftlerische Einschränkungen aller Art vor der gegenseitigen und der großkapitalistischen Konkurrenz zu schützen sucht. Ganz oben aber die kapitalistischen Unternehmer, Nutznießer und Herren der ungeheuren Macht des totalen Staates, unumschränkte Führer der Wirtschaft, Herren in ihren Organisationen und Herren in ihren Betrieben, die wahren Gewinner der nationalsozialistischen Revolution!

Dr. Richard Kerr.

# Kommen die Habsburger?

## Monarchien ohne Monarchen — Weltkriegsgefahr

Wien, 20. März.

Seit der blutigen Niederwerfung der österreichischen Sozialdemokratie hat die Agitation und, was weit wichtiger ist, das Diplomatenpiel hinter den Kulissen um die Rückkehr der Habsburger bedrohliche Formen angenommen. Die Gleichschaltung Oesterreichs mit Ungarn, die in Rom vorgenommen wurde, ergab automatisch die monarchistische Linie.

Eine Habsburgerrestauration ist mehr als eine staatsrechtliche Frage; rein innenpolitisch gesehen dürfte man sie sehr kühl als eine uninteressante Angelegenheit betrachten, gewissermaßen als das Ornament, das noch fehlt, damit die Dreieheit „Gott, Kaiser, Vaterland“, in deren Namen die Arbeiterbewegung umgebracht wurde, wieder komplett sei. Innenpolitisch könnten die Habsburger nichts Schlimmeres mehr dem österreichischen Volke antun, als ihm Fey und Dollfuß schon getan hat. Rechtloser als das Individuum heute in Oesterreich schon ist, kann es nicht mehr werden, und ob nun die Arbeiterbewegung und das Arbeitsrecht im Namen des Habsburgerkaisers oder im Namen eines ebensowenig legitimierten Diktators erledigt wird, das ist gleichgültig.

Eine Habsburgerrestauration ist aber gar keine österreichische, sondern eine europäische Frage. Sie muß mit Naturnotwendigkeit die neue mitteleuropäische Ordnung auflösen. Eine Revision von Saint Germain und Trianon muß mit der Vorherrschaft der Habsburger im Donauraum enden. Die Habsburgerfrage ist demnach der Explosivstoff in Europa. Das ist der Grund, warum die Aufrollung der Habsburgerfrage durch das reaktionäre Oesterreich die Staatsmänner der kleinen Entente dazu bewegen hat, vor der Reaktivierung der Monarchie in Oesterreich zu warnen.

Die monarchistischen Kreise in Oesterreich erklären daher immer wieder, daß ihrem Legitimus jede imperialistische Absicht fern liege, daß sie ihn lediglich für Oesterreich und nicht für die Nachbarstaaten verwirklichen wollten. Das ist eine für den Tag geschaffene Ausflucht. Sie ist genau so ernst zu nehmen wie eine Friedensrede Hitlers. Ein Kaiser über das kleine Oesterreich mit seinen sechs- bis sieben Millionen Einwohnern wäre nichts als eine groteske Angelegenheit, wenn er sich tatsächlich auf die Grenzen von Saint Germain beschränken wollte. Er kann das aber gar nicht.

**Durch seine Existenz allein wird der Kaiser von Oesterreich zur ständigen Drohung für die Nachbarstaaten**

und zur natürlichen Stütze für jede reaktionäre Gruppe oder Bewegung innerhalb der einzelnen Nachbarstaaten.

Ehe die monarchistische Bewegung in Oesterreich zum politischen Faktor wurde, das heißt, solange die österreichische Sozialdemokratie Volksrecht und Verfassung zu schützen und zu stützen imstande war, hat sie den ihr inwohnenden natürlichen Imperialismus auch begriffen. Es gab keine monarchistische Versammlung, in der nicht von der geographischen Ausdehnung des alten Reichs, die wieder herzustellen sei, die Rede war. Die einzigen drei monarchistischen Führer von Bedeutung: Wiesner, Zebner-Spitzenberg und Polzer-Hoditz haben, ehe sie dank Dollfuß-Fey politische Faktoren wurden, niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß sie Großösterreich seien. Die christlichsoziale Presse, auf die die Monarchisten immer Einfluß hatten, hat ebenfalls immer von

**der guten alten Zeit Groß-Oesterreichs** gesprochen und ihre Berichte aus den Nachbarstaaten waren durchaus in diesem Sinn. Am bezeichnendsten sind die früheren Versuche des christlichsozialen Hauptorgans, der „Reichspost“, den Konfliktstoff zwischen Kroaten und Serben in monarchistischem Sinn auszubeuten. Einer der wenigen Monarchisten in Südslawien, der ehemalige altösterreichische General Sarkotić, war ständiger Mitarbeiter der „Reichspost“. Wenn also heute von Monarchisten, namentlich von Wiesner, versucht wird, die Auswirkungen des österreichischen Monarchismus als auf Oesterreich allein beschränkt hinzustellen,

ist das eine Finte, der überhaupt keine Bedeutung zukommt.

Ernsthafter ist der Versuch, die Restauration der Habsburger als den festesten Schutzwall gegen Hitler und den Anschluß darzustellen, eine Argumentation, mit der man hauptsächlich in Frankreich zugunsten des Legitimus Eindruck zu machen hofft. In Wirklichkeit ist auch dieses Argument falsch. Die Konzeption der Monarchisten ist eine andere. Sie geht unter anderem aus zahlreichen Reden des Fey, in denen er um die Liebe und Mitarbeit der Nazi warb, klar hervor: daß Oesterreich und Ungarn nicht imstande sind, alle in den status quo von 1914 wieder herzustellen ist selbst den österreichischen Monarchisten klar. Die habsburgische Aktion muß also von vornherein mit Hilfe rechnen. Die erste gegebene Hilfe wäre die Italiens. Sie wäre vorwiegend gegen Südslawien einzusetzen. Damit rechnet man nicht nur in Oesterreich, sondern auch in Italien. Das italienische Aufmarschgebiet wäre Kärnten. Die italienischen Straßen- und Bahnbauten der letzten Jahre zeigen, wie ernsthaft man sich in Rom mit diesem Aufmarschgebiet befaßt, und schließlich: daß Italien in Klagenfurt und in Villach, das eine Bahnstunde von Klagenfurt entfernt ist, je einen Konsul sitzen hat, das ist bezeichnend genug.

**Ein italienisch-südslawischer Konflikt oder ein ungarisch-südslawischer Konflikt kann nicht lokalisiert werden;**

die Kleine Entente muß eingreifen; die neue, mittelgroße Entente, Italien, Oesterreich, Ungarn, muß also noch einen Bundesgenossen haben. Dieser Bundesgenosse ist das braune Deutschland.

Die Bemühungen der österreichischen Regierung gehen seit März 1933, durch keine Demonstration und keinen Böllerschuß gestört, dahin, die braune Reaktion dazu zu bringen, die weiß-grüne anzuerkennen. Bisher ist dieser Bemühung ein Erfolg versagt geblieben. Aber dieser Erfolg liegt durchaus im Bereich naher Möglichkeiten, zumal die Chancen des Nazitums in Oesterreich stark gesunken sind, denn der Oesterreicher, der reaktionär ist, sieht täglich, daß Dollfuß ohnehin dasselbe macht wie Hitler. Wenn die Bemühungen der Fey und Dollfuß um Hitlers Gunst Erfolg haben, dann kann der Versuch, die alte österreichische Monarchie zu reaktivieren, beginnen, denn dann ist die Tschechoslowakei eingekreist, dann ist die Ge-

fahr da, von der einmal Palcký gesprochen hat, daß die Tschechen im deutschen Meer ertrinken. Man unterschätze die Bemühungen um eine Versöhnung Nazi-Heimwehr nicht. Hier liegt einer der gefährlichsten Punkte im außenpolitischen System unserer Tage; denn von da aus kann der neue europäische Krieg beginnen, dessen Furchtbarkeiten wir nicht erst ausmalen müssen.

Es ist ein sehr gefährliches Spiel, das in Oesterreich getrieben wird und es muß daher jetzt schon die Verantwortlichkeit der Fey und Dollfuß festgestellt werden, auch wenn die Herren, mit aller Bauernschlauheit, zunächst einmal von den Habsburgern eine Zeitlang gar nicht sprechen werden.

Das ist nämlich die wichtigste Seite des Problems: während die Staatsmänner Europas vor der Restauration der Habsburger in Oesterreich warnen, ist diese Restauration im Wesen schon vollzogen.

Ob in Ungarn ein Horthy oder ein Habsburger auf dem Thron in der Burg von Ofen sitzt, ist ganz gleichgültig; wesentlich ist, daß in Budapest habsburgische Politik gemacht wird. Ob in Wien im Ballhauspalais ein Minister des Äußeren und des kaiserlichen und königlichen Hauses sitzt oder ein Bundeskanzler, das ist ganz und gar gleichgültig. Wesentlich ist es, daß in Wien habsburgische Politik gemacht wird; wesentlich, daß nun in Budapest und in Wien in gleicher Richtung gearbeitet wird. Ob irgend ein Otto als Ornament auf irgend einem Thronseselchen sitzt, ist egal; auch die Monarchisten überschätzen die politische Potenz ihres Ornamentes nicht. Eine schlaue monarchistische Politik wird nie daran denken, ihr Ornament in ein Oesterreich zurückzubringen, das noch nicht zu Ende restauriert ist; eine zielbewußte habsburgische Politik wird erst das Reich errichten und dann den Kaiser holen, um ihn mit allem Pomp, der nun einmal dazu gehört, in seiner Reichshaupt- und Residenzstadt einzuziehen zu lassen.

Man begehe ja nicht den Fehler, die heutigen Machthaber in Wien zu unterschätzen. Verantwortungslose von solchem Kaliber sind zu allem bereit. Erst der bewußte Wille zur habsburgischen Restauration gibt den Februareignissen in Oesterreich einen politischen Sinn. Dieser politische Sinn führt in den zweiten europäischen Krieg. Von seinem Ausgang wird es abhängen, ob die Habsburger ihre Chance zu realisieren vermögen.

## Nazibischof unter Betrugsanklage

**Kirchen- und Justizskandal in Braunschweig  
Die Moral eines „Deutschen Christen“**

Vor der großen Strafkammer des Landesgerichtes in Braunschweig wurde ein Betrugsprozeß gegen den nationalsozialistischen Landesbischof Beye und den Klempner Kloy durchgeführt. Bischof Beye war angeklagt, den Klempner Kloy dazu verleitet zu haben, private Reparaturverrechnungen für sich zu fälschen und dem Kirchenvorstand zur Bezahlung vorzulegen. Weiter warf ihm die Anklage vor, in der Kirche gesammelte Kollektogelder für die Armen nicht abgeliefert, sondern für sich verbraucht zu haben.

Landesbischof Beye wurde nach zweitägiger Verhandlung wegen Mangels an Beweisen freigesprochen, während sein Mitangeklagter, der Klempner Kloy wegen Beihilfe zu den Beye'schen Straftaten mit 50 Mark Geldstrafe bestraft wurde.

Dazu schreibt uns unser Sonderberichterstatter:

Als das Machtstreben der NSDAP nach dem Siege Hitlers in die Forderung nach absoluter Totalität ausmündete, wurde bekanntlich auch die deutsche evangelische Kirche gleichgeschaltet. Die NSDAP setzte in allen Landeskirchen Landesbischofe aus den Reihen der sogenannten „Deutschen Christen“ ein, um die Kirchengemeinden restlos unter ihre Botmäßigkeit zu bringen.

Im Lande Braunschweig war, seit dem Jahre 1930 der Junge Pastor Beye tätig, der es damals schon mit seinen Seelsorgerpflichten vereinbaren konnte, aktives Mitglied der SA zu sein und

sich an Raufhändeln aller Art zu beteiligen.

Je mehr die Nazis in Deutschland vorangingen, desto frecher wurde der jugendliche Pastor, der in dem kleinen Landorte Wenzen Dienst tat. Er begann, von der Kanzel ganz offen das Evangelium des Hasses zu predigen. Bald bekleidete er hohe Ämter in der Nazi-Partei. Eine seiner berüchtigsten Predigten aus der Zeit des Hitlerschen Sieges gipfelte in dem Satz: „Wer sich nicht zu unseren christlichen und deutschen Idealen bekennen will, den werden die Fäuste der SA bekehren!“

Vor wenigen Wochen erst wurde dieser talentvolle Junge Mann vom Reichsbischof Müller zum braunschweigischen Landesbischof ernannt

und mit feierlichem Pomp in sein Amt eingeführt. Er war damit der jüngste Landesbischof Deutschlands, denn er zählte bei seiner Berufung in diese hohe Würdenstelle knapp 30 Lenze. Nun stand aber von Anfang an eine starke Opposition gegen ihn. Schon in der ersten Pastorenversammlung, die Beye als Landesbischof abhielt, verließen fünfzig von einhundertfünfzig Pastoren unter Protest den Saal, als ihr neues Oberhaupt zu reden begann.

Inzwischen sickerten in Wenzen, der früheren Dienststelle des nunmehrigen Bischofs, Tatsachen durch, die sich schließlich zu einer Anklage verdichteten. Man redete ganz offen davon, daß Beye Rechnungen gefälscht und von der Kirche bezahlen lassen habe, daß er Kollektogelder für die Armen in seine eigene Tasche gesteckt habe usw. Der neugebackene Landesbischof

suchte diese Gerüchte mit Brutalität zu unterdrücken.

Die Kirchenbehörden versuchten, die Angelegenheit zu vertuschen. Da aber eine Reihe unparteilicher Bürger die Schweinerei nicht decken wollten, sah sich die Staatsanwaltschaft schließlich gezwungen, einzugreifen. Der Eingriff geschah auf diese Weise, daß der Oberstaatsanwalt persönlich in die Wohnung des jugendlichen Landesbischofs ging, um ihn zu vernehmen. Beye leugnete bei dieser Vernehmung alles ab.

Als daraufhin der Oberstaatsanwalt sich bemühte, einen anderen Zeugen, der Beye belästigen konnte, zu vernehmen, drang plötzlich eine von Beye gegründete „kirchliche Kampfstaffel“ in das Vernehmungszimmer ein, versuchte, den Oberstaatsanwalt an der Vernehmung zu hindern und ihn unter Druck zu setzen. Dabei wurden die Angehörigen der Kampfstaffel gegen den Oberstaatsanwalt tätlich. Sie versuchten, ihn mit den Worten: „Hier bestimmen wir! Ob der da vernimmt oder nicht, ist ganz egal!“ auf die Seite zu schleben. Der Führer dieser Kirchenkampfstaffel sagte später vor der Kriminalpolizei aus, daß alle Aktionen der Kirchenkampfstaffel vorher mit dem Landesbischof besprochen waren und seine Billigung gefunden hatten.

Nachdem der Oberstaatsanwalt seine Ermittlungen abgeschlossen hatte, sah er ganz klar, daß der Landesbischof als Betrüger verurteilt werden müsse. Darum setzte er sich auf den Zug und fuhr zum Reichsbischof Müller, dem er den ganzen Sachverhalt vortrug. Daraufhin mußte Beye, fünf Minuten vor Toresschluß, d. h. vor Terminbeginn sein Amt als Landesbischof niederlegen. Vorher war die Kirchenregierung schon aufgelöst. Eine Reihe nationalsozialistischer Staatsräte hatten ihre Ämter zur Verfügung gestellt, weil ihnen ihr oberster Seelenhirt zu anrüchig war.

Nunmehr ließ auch der aus den Braunschweiger Mordaffären an Gewerkschaftsbeamten bekanntgewordene jugendliche Nazijustizminister Alpers seinen Landsknechtskameraden Beye fallen. Damit nahm das Schicksal seinen Lauf. Nach zweitägiger schwerer Gerichtsverhandlung wurde auf das oben zitierte Urteil erkannt. In der Urteilsbegründung heißt es:

„Was die Straftat betrifft, so stellt das Gericht fest, daß Beye die Armengelder trotz mehrfacher Mahnung bis jetzt nicht abgeführt hat. Es läßt sich nicht verhehlen, daß hinsichtlich dieser Gelder ein gewisser Verdacht besteht, daß Beye diese für sich verbraucht hat. Zu seinen Gunsten muß seine neue Behauptung, daß die Gelder noch vorhanden seien, berücksichtigt werden, so daß er auf Grund dieser Behauptung wegen Mangel an Beweisen freizusprechen ist (!!!)

In dem zweiten Falle liegt eine erhebliche Zahl von Verdachtsmomenten vor. Als ihm die Unrichtigkeit der Rechnung nachgewiesen wurde, hat er selbst zugegeben, daß das Ergebnis für ihn erdrückend und belastend wäre.

Belastend wäre auch für ihn, daß er als Landesbischof den Vikar Elster so schnell aus Wenzen entfernt habe, weil er anscheinend befürchtete, daß dieser seine Kenntnis über die Angelegenheit an den Mann bringen werde.“

Diese Urteilsbegründung, die den Nazibischof hundertprozentig verurteilt, obwohl ihm das Urteil selbst freispricht, ist ein klassisches Beispiel neudeutscher Rechtspflege, das seine besondere Note dadurch erhält,

daß der Haupttäter wegen Mangel an Beweisen freigesprochen wurde, während der Mittäter wegen „Beihilfe“ (!) verurteilt wurde.

Nach Schluß der Verhandlung gab der Vorsitzende des Gerichtes, der durch seine Bluturteile gegen ehrliche Arbeiter bekannte Nazirichter Lachmund, eine Erklärung ab, in der er sein Bedauern darüber ausdrückt, daß die Verhandlung überhaupt stattfinden mußte!

Die Nationalsozialisten versuchen diesen peinlichen Skandal damit abzuschwächen, daß sie sagen, es würde bei Korruptionsfällen auch nicht vor höchsten Würdenträgern Halt gemacht. Dazu ist folgendes zu bemerken:

Der Fall Beye ist ein „Fall“, der in der Öffentlichkeit eine Rolle spielt seit August 1933. Der Mann Beye aber wurde von seinen Parteifreunden zum Landesbischof gemacht im Januar 1934!

## Die Gesinnungsfärberei

Im „Fränkischen Kurier“ bietet ein konjunkturfürchtiger Zeitgenosse seine Dienste an: Umfärben von Stahlhelm-Uniformen preiswert und erstklassig bei Färberei Arnold, Wäscherei Scholl.“

Die letzten Hugenbergianer werden in die braune Mohrenwäsche gegeben! Wenn sie von Arnold und Scholl zurückkommen, haben sie das „Heil Hitler“ aus dem ff gelernt.

Parole: Umlernen und umfärben!

# Volk ohne Recht!

## Ermächtigungsgesetz Nr. 2 — Die Vollendung der Despotie

Ein bekannter Jurist schreibt uns:

Immer deutlicher stellt sich heraus, daß die Volksabstimmung und Reichstagswahl vom 12. November 1933 von den Nationalsozialisten nicht nur aus außenpolitischen, sondern auch aus innerpolitischen Gründen gemacht worden sind. Die derzeitigen Machthaber erhielten dadurch Gelegenheit, sich auch von den letzten rechtlichen Schranken zu befreien, die ihrer Alleinherrschaft im Staate noch entgegenstanden. Dazu kam die Möglichkeit, den

### offensichtlich verfassungswidrigen Zustand

zu beseitigen, der durch die willkürliche Einziehung der Abgeordnetensitze aller Nichtnationalsozialisten entstanden war. Durch die Abänderung des Wahlrechts nach italienischem Muster konnte man einen rein nationalsozialistischen Reichstag zusammenwählen lassen. Er wurde von der Hitlerregierung als Mittel zur äußerlichen Verkleisterung eines Verfassungsbruches ausersehen, wie er heuchlerischer, frecher und schamloser jemals begangen worden ist.

Die Befugnis der Hitlerregierung zu Verfassungsänderungen ging bis vor kurzem auf das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 zurück. Dieses verfassungsändernde Gesetz war allerdings auch nur durch Verfassungsverletzung zustande gekommen. Um die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Reichstag zu erhalten, hatte die Regierung zunächst die am 5. März 1933 gewählten kommunistischen Abgeordneten gewaltsam an der Ausübung ihrer Mandate gehindert und die bei der Beschlußfassung über das Gesetz als Reichstagsmitglieder nicht mitzählen lassen. Von dem Rumpfreichstag wurden das Zentrum und die Bayerische Volkspartei zur Zustimmung durch Versprechungen bewegt, die nachher von den Nationalsozialisten, ihrer ursprünglichen Absicht entsprechend, nicht eingehalten worden sind. Welche staatsrechtliche Bedeutung diesem an den katholischen Parteien begangenen Betrug zukommt, kann offen bleiben. Allein die Ausschaltung der rechtsgültig gewählten Kommunisten aus dem Reichstag machte das Ermächtigungsgesetz vom 28. März 1933 nichtig. Sicherlich ist dieser der Hitlerregierung sehr wohl bekannte Umstand nicht der Grund dafür gewesen, daß man nunmehr den Versuch unternommen hat, vom Ermächtigungsgesetz loszukommen. Im Gegenteil, man hat dieses Gesetz als lästige Fessel empfunden und deshalb beseitigt. Das geschah, von der Öffentlichkeit in der staatsrechtlichen Weise nicht voll erfaßt, durch

das am 30. Januar 1934 erlassene Gesetz über den Neuaufbau des Reiches.

Dieses vom neugewählten Reichstag beschlossene Gesetz beschäftigt sich scheinbar nur mit dem, was sein Name besagt. Die Volksvertretungen der Länder werden aufgehoben, die bisherigen Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übertragen, die Länderregierungen der Reichsregierung unterstellt. Die erste Durchführungsverordnung vom 2. Februar 1934 geht über diesen Rahmen nicht hinaus. Sie überläßt die auf das Reich übergegangenen Hoheitsrechte den Ländern zur Ausübung im Auftrag und Namen des Reichs, bindet Landesgesetze an die Zustimmung des zuständigen Reichsministers und stellt klar, daß die obersten Landesbehörden innerhalb ihres Aufgabenbereichs den Anordnungen des zuständigen Reichsministers Folge zu leisten haben. Alle diese Vorschriften bezwecken nur die Errichtung des Einheitsstaates.

Ganz unvermittelt findet sich dann die Bestimmung des Artikels 4 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs

„Die Reichsregierung kann neues Verfassungsrecht setzen.“

Das ist nichts anderes als ein neues Ermächtigungsgesetz in einem in der Verfassungsgeschichte beispiellos dastehenden Ausmaß. Im Gegensatz zum Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933, das auf vier Jahre befristet war, ist die Zeit seiner Geltung unbegrenzt. Es bleibt also solange in Kraft, bis es einmal von einem Reichstag aufgehoben oder durch Gewalt beseitigt wird. Der erste Fall ist im

Totalitätsstaat ebenso unwahrscheinlich wie der, daß eine faschistische Regierung freiwillig auf Machtbefugnisse verzichtet. Das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 enthielt für die Reichsregierung noch weitere Beschränkungen. Die Weimarer Verfassung blieb formell in Kraft, die Reichsregierung konnte nur verfassungsändernde Gesetze erlassen. Sodann mußte der Reichstag „als solcher“ erhalten bleiben und die Rechte des Reichspräsidenten konnten nicht ohne seine Zustimmung geschmälert werden. Von all dem ist im neuen Ermächtigungsgesetz keine Rede mehr.

Die Verfassung von Weimar ist zwar praktisch längst tot, aber erst im Gesetz über den Neuaufbau des Reichs wird auch rechtlich der Schlußstrich darunter gezogen durch die Ermächtigung an die Reichsregierung, „neues Verfassungsrecht“ zu setzen. In der Ausgestaltung einer neuen Verfassung hat sie freie Hand. Sie kann die verfassungsrechtlichen Zustände bei den alten Germanen, wie sie Cäsar und Tacitus schildern, ebenso einführen, wie etwa das „Verfassungsrecht“ eines Kafferkraals. Der Reichspräsident muß es sich gefallen lassen, daß ihm der Oberbefehl über die Reichswehr entzogen wird. Alles Recht ist fließend geworden, an die Stelle eines Restes von Satzung und Gesetz ist das politische Ermessen getreten, das höchstens durch Rücksichten auf Machtverhältnisse, Personen oder Gruppen gehemmt wird.

Hitler, Göring, Röhm, können nunmehr auch nach dem Buchstaben des Gesetzes tun, was sie wollen.

Was daraus werden soll, steht dahin, nur eines steht fest: die unumschränkte Macht der Gewalthaber, mit dem deutschen Volk nach Belieben zu verfahren.

Das alte Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 ist formell nicht aufgehoben, sondern nur stillschweigend außer Kraft gesetzt. Das kann nur den Zweck verfolgen, beteiligte Kreise über die Tragweite des neuen Ermächtigungsgesetzes zu täuschen. Zu gegebener Zeit wird die Naziregierung nicht zögern, die neue Blankovollmacht vorzuweisen. Sie hat es auch für notwendig befunden, dem neuen Gesetz eine Art Begründung vorzuschicken, die eine Art Entschuldigung für die Beseitigung der Länderhoheit darstellt. Man muß sich wundern, daß die Herren Deutschlands noch soviel Gewicht auf Geschriebenes, auf „Fetzen“ Papier zu legen scheinen und sich die Macht zur Willkür, die sie tatsächlich besitzen, noch besonders verbrieft lassen. Offenbar will der Kleinbürger Hitler, der in Leipzig einmal geschworen hat, legal an die Macht zu kommen, sein Gewissen

durch Urkunden beruhigen. Aber er gleicht dem Juden, der auf der Eisenbahnfahrt seine Füße in ein Schaff Wasser steckt, weil ihm am Sabbath nur die Seefahrt erlaubt ist. Wenn der Tag des Gerichts kommt, wird die heuchlerische Scheinlegalität ebenso wie die offene Gewalttat behandelt werden. Nur wird die Ermächtigung dazu auf der Zustimmung von Millionen befreiter Staatsbürger und nicht auf der Hinterbasis einiger hundert Günstlinge beruhen, die man zu blinden Werkzeugen der herrschenden Gewalt gerade für gut genug hält.

## Belogen und betrogen!

### Bauern verprügeln SA und Polizei.

In Düren im Rheinland wehrten sich vergangene Woche die Bauern gegen die neue Verfügung, die ihnen untersagt, die Milch direkt an den Kunden zu liefern. Früher bekamen die Bauern bei direkter Lieferung an den Konsumenten pro Liter 22 Pfg., während sie heute nur noch 12 Pfg. erhalten. Der Zwischengewinn von 10 Pfennigen kommt weder den Konsumenten noch den Bauern zugute, sondern geht an den von den Nationalsozialisten eingesetzten Händler.

In dieser Versammlung unterbrachen die Bauern den nationalsozialistischen Referenten durch stürmische Zwischenrufe: „Ihr habt uns belogen und betrogen.“ Der Referent erklärte darauf provokatorisch, daß die nationalsozialistischen Maßnahmen durchgeführt werden würden, auch wenn die Hälfte der Bauern auf der Strecke bliebe!

Ueber diese Provokation empörten sich die Bauern sehr, daß es zu Tumulten kam. Die Polizei griff ein, wurde jedoch aus dem Saale getrieben. Daraufhin wurden zur Verstärkung der Polizei SA und SS alarmiert, aber die empörten Bauern prügelten die SA- und SS-Leute aus dem Saale hinaus. Der Führer der Opponenten, die über Polizei, SA und SS siegten, war ein Sturmbannführer der SA!

Der „Westdeutsche Beobachter“ berichtet über diese Versammlung: „Die Versammlung ist harmonisch verlaufen.“

### Kein Kredit für Erbhöfe!

Das Erbhöfengesetz und die agrarpolitischen Eingriffe des Dritten Reiches rufen immer stärkeren Widerstand bei den Bauern hervor. Die Begleiterscheinungen des Erbhöfengesetzes werden den Betroffenen immer fühlbarer. Da Erbhöfe nicht beliehen werden dürfen, erhalten die Besitzer keinerlei Kredit mehr. So wird uns aus der Pflanz mitgeteilt, daß bei Holzvorsteigerungen sogar die Staatsforstverwaltung keinem Erbhöfbesitzer mehr auf Kredit verkauft. Jeder andere Bauer erhält auch jetzt noch Kredit auf Bürgschaft. Beim Beginn der Holzvorsteigerung wurde sofort verkündet, daß Erbhöfbesitzer sofort bar bezahlen müssen. Ein Erbhöfbesitzer erkundigte sich bei einem maßgebenden Beamten, was er gegen diese Kreditsperre unternehmen könne. Der Beamte zuckte mit den Achseln und erklärte: „Ich würde einem Erbhöfbesitzer noch nicht einen Hufnagel Kredit gewähren.“ Die Stimmung unter den Erbhöfbauern wird deshalb dem Regime immer feindseliger.

## Unfreiwillige Geständnisse

### „Babylonische Sprachenverwirrung.“

Aus der Oede der reichsdeutschen Presse, die sich in Lobhudeleien und Schönfärbereien überschlägt, brechen mitunter Klagen und Geständnisse hervor, die grelle Schlaglichter auf die wirklichen Zustände werfen. So klagt der Nationalsozialist Dr. Hunke, M. d. R. in Nr. 6 der Wochenschrift „Die deutsche Volkswirtschaft“ über die „babylonische Sprachenverwirrung“, die bei der Anwendung der Begriffe „nationalsozialistisch“ und „gemeinnützig“ herrscht:

„Was ist heute nicht alles Marxismus und Liberalismus! Was endlich nicht alles Nationalsozialismus! Man hat gehört, daß die Nationalsozialisten die Privatinitiative fördern und die Leistung schützen wollen. Sofort ist jede Forderung nach Verstaatlichung — Marxismus. Die Devise „Gemeinnutz geht vor Eigenmutz“ ist zum Vorwand für jede wirtschaftliche Handlungsweise geworden. Man versteht darunter, was man darunter verstehen möchte. Wenn eine jüdische Handlung bestraft werden muß, dann beruft man sich im Interesse der Angestellten zwecks Erhaltung des Betriebes auf den Gemeinnutz. Wenn eine Fabrik, die nie lebensfähig war, wieder eröffnet werden

soll, dann geschieht es im Namen des Gemeinnutzes. In seinem Namen werden die Preise erhöht und Preise unterboten. Keiner sagt, daß er es aus egoistischen Motiven tut.“

Herr Hunke ist natürlich von „egoistischen Motiven“ weit entfernt. Er klagt nur darüber, daß viele meinen, die NSDAP sei jetzt, nach der Eroberung des Staatsapparats, überflüssig geworden und müsse — wie es auch im Parteiprogramm heiße — nunmehr verschwinden. Dagegen wettert Herr Hunke im Namen der „alten Garde“, die die Führung behalten müsse. Zwar plaudert er unvorsichtigerweise aus, daß „die alten nationalsozialistischen Kämpfer“ bisher keine Zeit hatten, „auch nur nachzudenken über die wichtigsten Probleme“, sie würden auch in Zukunft kaum diese Zeit besitzen, aber dennoch müßten sie in erster Linie die weltanschauliche Schulung des Volkes in die Hand nehmen, denn „über allem steht als die entscheidende Aufgabe die geistige Umkristallisation des deutschen Menschen“.

Die Herren aus der „alten Garde“ sind natürlich am ehesten geeignet, das Volk in die vorgeschriebene „geistige Form“ hineinzupressen. Denn wenn sie auch nicht gelernt haben, „über die wichtigsten Probleme nachzudenken“, so verstehen sie doch am besten, den Knüppel zu schwingen!

## Betriebsversammlungen

Wenn es nicht schon längst bekannt gewesen wäre, so würden die faschisierten Gewerkschaftsblätter den Beweis liefern, daß innerhalb der Arbeitsfront auch jeder Rest von gewerkschaftlichem Leben aufgehört hat. Den totlangweiligen Verlauf der Betriebsversammlungen mögen zwei Berichte zeigen, die wir der letzten Nummer der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ entnehmen:

### I.

#### Der erste Kameradschaftsabend

der Betriebszelle des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes, Betriebsverwaltung Wesel.

Der am 20. Januar von der Betriebszelle des RWE, Wesel, abgehaltene Kameradschaftsabend war ein solcher im besten Sinne des Wortes. Er brachte eindeutig das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen dem Arbeiter der Stirn und der Faust unter Hintersetzung des früher Trennenden stark zum Ausdruck. Die Begriffe Kameradschaft, Volksverbundenheit und Schicksalsgemeinschaft waren bei der Belegschaft des RWE schon immer stark ausgeprägt, und so war es selbstverständlich, daß sie sich alle an diesem Abend fanden und sich näher kennen lernten: ein Zeichen für fruchtbringende zukünftige Gemeinschaftsarbeit und gegenseitiges soziales Verstehen. Nach einer Begrüßungsansprache des Betriebsobmannes Schöth, in welcher er den Führer des Betriebes, Direktor Heinisch, und die geladenen Gäste erwähnte, gipfelten seine Ausführungen in folgende Worte: Im Betriebe Disziplin und Gehorsam, während der Freizeit Kameradschaft und das Wissen, daß wir Söhne eines Volkes und Vaterlandes sind. Anschließend sprach Werksschaftsdirektor Heinisch.

### II.

Führer und Gefolgschaft der Firma Dienes, Vlikerath, bei gemeinsamer Feier.

Zur Einweihung der vergrößerten Betriebsstätte und der neuen Kraftanlage obiger Firma hatten sich Führer und Gefolgschaft des Unternehmens zu einer Feier zusammengefunden. Der Führer, Pg. Dienes, entwickelte in einer längeren Ansprache ein anschauliches Bild von dem Werdegang des Betriebes aus den kleinsten Anfängen heraus bis zu seiner heutigen Entwicklung. Eiserner Wille und tiefes Vertrauen zum Schöpfer überwand alle Schwierigkeiten und führten schließlich zu einem guten Erfolg, der wiederum zu einer Erweiterung des Betriebes und zur Vermehrung der Arbeit wertete wird. Der Betriebszellenobmann, Pg. Johann Clever, dankte im Namen der Betriebsgefolgschaft dem Führer Dienes für seine von wirklich ehrlich sozialem Denken und Empfinden getragenen Worte, für sein so segensreiches Streben zum Wohle der Gefolgschaft und der Bevölkerung von Overath-Vlikerath. Der als Gast des Abends anwesende Ortsgruppenleiter, Pg. Jakob Becker, feierte dann in bewegten Worten das Streben und Wirken des Pg. Dienes auch schon vor der Machtübernahme.

Eine widerlichere Unterwerfung der Belegschaften gegenüber den Unternehmern, als die Organe der Arbeitsfront selbst berichten müssen, ist wohl kaum denkbar. Diese soziale Versklavung nennt sich „nationalsozialistische Charakterbildung“.

## Emigranten, Achtung!

Wegen Rückkehr ins Ausland verkaufe ich mein erstklassiges und elegant eingerichtetes, gutgehendes Blumengeschäft. Verlässliches und ehrliches Personal kann mit übernommen werden, so daß jeder diese prima Existenz übernehmen kann. Zuschriften unter „Großstadt in CSR.“ an die Verwaltung dieses Blattes.

**DAS**  
**PARISER TAGEBLATT**  
Chefredakteur: GEORG BERNHARD  
bringt unter anderem  
**regelmässig**  
**BERLINER BRIEF**  
mit unerbört interessantem Tatsachen-Material, trotz Zensur und Diktatur  
**Aussagen führender Politiker**  
aller Länder zu den europäischen Problemen  
**Beiträge hervorragender Dichter und Gelehrter**  
speziell der aus Deutschland Verbannten  
**Demnächst**  
Interessantes Preis-Ausschreiben:  
**14 JAHRE REPUBLIK**  
Grosse Umfrage bei Gelehrten, Publizisten, Staatsmännern:  
**„Die Zukunft der Welt“**  
Neuer hochaktueller Roman von  
**BALDER OLDEN:**  
**ROMAN EINES NAZI**  
Endlich die verachteten Sonder-Gebiete  
Die moderne Frau — Reise und Verkehr — Sport — Technik u. Wirtschaft  
Probenummern gratis — Bestellungen beim  
**„PARISER TAGEBLATT“**  
PARIS (5<sup>e</sup>), 51, Rue Turbigo

# „Alles muß in Scherben gehen“

Blutdurst, Roheit, Antisemitismus — deutsche Jugenderziehung von heute

Was die erwachsenen SA-Leute tun, weiß man so ungefähr. Sie exerzieren, kommandieren, terrorisieren Mißliebige und jubilierten an allen nationalsozialistischen Fest- und Gedenktagen, deren es in Deutschland jährlich ungefähr 370 gibt. Von den jüngeren und jüngsten Jahrgängen der braunen Armee, von den Hitlerjungen, erfährt man zwar, daß sie vor lauter „Dienst“ nicht zu den Schularbeiten kommen und daß die Mütter sich bitter über ihre Schnoddrigkeit und Roheit beklagen, aber sonst kümmert sich die Welt wenig um diese uniformierten Kinder. Sie sind ja noch klein, sie richten noch keine Menschenschlächtereien an, mißhandeln noch keine Wehrlosen (nur gelegentlich jüdische Klassenkameraden), auch sind sie noch nicht zu den ausgebildeten, kriegstüchtigen Soldaten des nationalsozialistischen Heeres zu zählen. Das alles kommt erst später. So vergißt sich's leicht, daß der Kinderdrill durchaus zur deutschen Aufrüstung gehört, vielleicht ihr gefährlichster Teil ist.

Vor uns liegt ein Hitlerjugend-Liederbuch, das den Zehn- und Zwölfjährigen von ihren erwachsenen Anführern immer wieder warm empfohlen wird. Es trägt offiziellen Charakter, denn es ist im gleichen Verlage „für nationalsozialistische Volksliteratur“ erschienen, in dem Hitler seine Reden veröffentlichte, in dem Biographien von Göbbels, Göring, Schirach, Frick und anderen Häuptlingen herauskamen.

Was singt der Nachwuchs des Dritten Reiches? Oder zunächst einmal: was singt er nicht? Die heiteren Volks-, Spiel- und Kinderlieder sind verschwunden. Unter den 48 Liedern des Heftes findet sich nicht ein einziges davon, nicht ein einziges, das harmlos-fröhlich wäre, nicht ein einziges, in dem nicht gemordet, geraubt, gekämpft würde.

Die weitaus meisten Texte, die von den Kindern auswendig gelernt und gesungen werden, sind unglaublich verlogen und verkitscht. Und zwar gibt es dreierlei Kitsch: den blutigen, den romantischen und den sentimental. Am beliebtesten ist natürlich der erste; Krieg, Bürgerkrieg, Antisemitismus. So sieht das aus:

Einmal wird noch der Erdball erbeben, erzittern das Menschengeschlecht, wenn sich die Germanen erheben zum Kampfe für Freiheit und Recht...

Wenn wir zum Sturme gehen, mit mutgeschwellter Brust, muß alles in Scherben gehen, bei unsrer Kampfeslust...

Wer will mit uns zum Kampfe ziehn, wenn Hitler kommandiert? Ja, da heißt es brav marschieren, der Hitler soll uns führen. Legt an! Gebt Feuer! Und ladet schnell, weich keiner von der Stelle!... Und wenn die Handgranate kracht, das Herz im Leibe lacht.

Ich habe Lust im weiten Feld zu streiten mit dem Feind, wohl als ein tapferer Kriegsheld, der's treu und redlich meint, und die Hitlerjugend marschiert, hier wird nicht gelächelt, hier gibt es Dampf, und was wir wollen ist Freiheitskampf nach blutiger Melodie.

Die Volksgemeinschaft wird auf besondere Art gepflegt:

Auf dem Wedding und in Moabit, in Lichtenberg und in Neukölln, da weht ein Wind, der verteuelt zieht, da hörst du im Dunkeln es kellen, da lauert der Mord und die finstre Gier...

Wedding, Moabit, Lichtenberg, Neukölln sind Arbeiterviertel. Antisemitismus versteht sich von selbst:

Wer ist eure Hoffnung bei Tag und bei Nacht, wer schützt euch vor Judas Scharen?...

Viele Jahre zogen dahin, geknechtet das Volk und betrogen: Verräter und Juden hatten Gewinn, sie fordern Opfer Legionen... Deutschland erwache! Juda den Tod! Volk ans Gewehr!

Nach Berlin da wollen wir hinein, der Jude soll unsre Kräfte spien. Am Wege wilde

Rosen blühen, wenn die HJ zieht nach Berlin...

Diese Verbindung von Blutdurst und wilden Rosen, von Gummiknüppel und Sentimentalität macht dem deutschen Volke so leicht keines nach. Die Lieder „mit Gefühl“ sind überhaupt die schlimmsten. Wenn man sie liest, weht einen die ganze schamlose Verlogenheit an, die mißtönende Sentimentalität, zu der diese Jugend nebenbei erzogen wird:

Als die goldne Abendsonne sandte ihren letzten Schein, zog ein Regiment von Hitler in ein kleines Städtchen ein... Und der

Und der Kaufmann erzittert vor Angst und vor Weh, dem Matrosen entsinkt der Mut, wenn da steigt am schwankenden Mast empor unsre Fahne so rot wie Blut. Tiralala... Hoch lebe das brausende Meer, es lebe die Seeräuberel.

Ja Stich und Hieb — und ein Lieb muß ein Landsknecht haben... Ja, dies und das — Suf und Fraß muß ein Landsknecht haben.

Auch viele schlecht umgedichtete Arbeiterlieder finden sich. Hier nur ein besonders bezeichnendes Beispiel: „Wann wir schreiten Seit' an Seit'...“ Das sangen



Heute ist es d. H. Der dreizehnjährige Sohn des Oberingenieurs Luchterhand besuchte am Dienstag seinen Spielkameraden, den vierzehnjährigen Hein Pieder in dessen elterlicher Wohnung. Der junge Luchterhand zeigte ihm dabei eine Rauserpistole, die er mitgebracht hatte. Die Knaben stritten sich in spielerischer Art um den Besitz der Waffe, als sich plötzlich 2 Schüsse lösten, von denen einer den jungen Pieder ins Herz traf. Auf dem Wege zum Krankenhaus starb der Knabe. Luchterhand flüchtete nach Gimmelbingen, wo er später in der Talmühle aufgefunden wurde. Die Mutter des getöteten Knaben befindet sich zur Zeit im Krankenhaus, wo sie einer Geburt entgegensteht.

## Deutsche Jugend von heute

Bild und Text sind der „Fränk. Tageszeitung“ vom 1. März entnommen. Wir fügen noch folgende Meldungen der schlesischen Presse, die gleichfalls alle aus dem März stammen, hinzu:

Der neunjährige Schüler Sparmann aus Gogischdorf, der sich beim Hantieren mit dem Revolver seines Vaters eine Kugel durch die Brust gelagt hatte, ist im Glogauer Stadtkrankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Dem sechsjährigen Sohn des Landwirts Alfred Hentschel in Görlitz geriet der geladene Revolver des bei Hentschel in Dienst stehenden Knechtes in die Hand. Ein Schuß löste sich und traf sein vierjähriges Schwesterchen in den Oberschenkel.

Am Montag gegen 16.30 Uhr erschoss sich in der elterlichen Wohnung in Ober-Waldenburg ein sieben Jahre alter Knabe beim Spielen mit einer 6-Millimeter-Pistole.

Mutter in der Ferne sandten sie den letzten Gruß, daß ihr Sohn mit Stolz gefallen, durch das Herz ging ihm der Schuß...

Es zog ein Hitlerman hinaus, er ließ sein Mütterlein zu Haus. Und als die Trennungsstunde kam, er traurig von ihr Abschied nahm. Sie aber leise zu ihm spricht: „Hitlergardist, tu deine Pflicht!“

Sich in romantischen Träumen zu wiegen, ist das Vorrecht jeder Jugend. Interessant ist nur, welche Art „Romantik“ sich die Hitlerjugend aussucht. Kriegs-, Landsknechts- und allenfalls noch Seeräuberromantik. Damit ist das Repertoire erschöpft.

Voran der Trommelbube, er schlägt die Trommel gut, der Knab' weiß nichts von Liebe, weiß nicht wie Scheiden tut. Trum trum. Er trommelte schon manchmal in Blut und in sein Grab, und dennoch liebt ein jeder den frohen Trommelknab, Trum trum.

rote Falken und Jungsozialisten auf ihren Wanderfahrten, in ihren Zeltlagern. Seither hat sich das Lied blutig gewandelt. Die sozialistische Jugend sang: „Birkengrün und Saatengrün, wie mit bittender Gebärde, daß der Mensch ihr Eigen werde, hält die alte Mutter Erde ihm die vollen Hände hin...“ Die Hitler-Jugend singt:

Unsere Herzen sind aus Stahl, unser Wille ist aus Eisen, wo es glüt, den Mann zu weisen, wie die rost'gen Klängen gleißen bei dem ersten Morgenstrahl.

Die sozialistische Jugend sang zum Schluß: „Mit uns zieht die neue Zeit.“ Die Hitlerjugend singt: „Mit uns zieht das Dritte Reich“, denn daß es keine neue Zeit ist, die da zieht, spüren wohl sogar die braunen Verschwämde!

In dem schmalen Liederheft sind alle Bestandteile beisammen, aus denen die Erzieher „im nationalen Geiste“ ihre

Landsknechte brauen: Blutdurst, Roheit, billige Sentimentalität, Antisemitismus. Die kleinen Jungen werden heranwachsen und werden ihren Traum von der krachenden Handgranate, die das Herz im Leibe lachen macht, verwirklichen wollen. Heute singen sie, morgen morden sie. Ein einziges dünnes Hitlerjugend-Liederbuch könnte der Welt begreiflich machen, was alle Nichtangriffspakte mit Deutschland wert sind. Aber die Welt wird nicht begreifen!

## Hitlergruß im Einsteinturm

Wie das Dritte Reich die Gelehrten verjagt.

Wir sind in der Lage, an einem bestimmten Fall dokumentarisch nachweisen zu können, wie das Dritte Reich es zuwege bringt, daß die bekanntesten deutschen Wissenschaftler Deutschland verlassen und ihre Lehre im Ausland unter den größten Schwierigkeiten fortsetzen.

Als Vorstand des Einsteinturms in Potsdam war Prof. Dr. E. Finlay Freundlich tätig und aus aller Welt kamen Gelehrte und Studenten dahin, um an dieser Forschungsanstalt für Sonnenphysik zu arbeiten.

Am 5. Oktober 1933 ergab nun von dem administrativen Leiter, dem Astronomen Ludendorff, einem Bruder des Generals, folgender

Umlauf:

Wie mir gemeldet wird, ist im Inneren Dienstbereich des Instituts für Sonnenphysik der deutsche Gruß noch nicht allgemein üblich. Ich mache es allen Beamten, Angestellten und Lohnempfängern des Astrophysikalischen Observatoriums zur Pflicht, diesen Gruß, den bevorstehenden Vorschriften entsprechend, auch dort grundsätzlich anzuwenden, und zwar auch im Verkehr mit Juden. Zuwiderhandlungen, von denen ich Kenntnis erhalte, werde ich unabsichtlich zur Meldung bringen. Ich mache darauf aufmerksam, daß ein wissenschaftlicher Beamter des Geodätischen Instituts wegen anfänglicher Verweigerung des deutschen Grußes entlassen werden sollte. Gez. H. Ludendorff.

Darauf schreibt Prof. Freundlich an Prof. Ludendorff:

Ich bitte um Mitteilung, von welcher Seite eine solche Meldung ergangen sein soll. Meines Wissens hat kein Mitglied meines Instituts die Ausführung einer dienstlichen Anweisung verweigert.

Gez. Dr. E. Finlay Freundlich.

Auf diesen Brief erhielt Prof. Freundlich folgende Antwort:

Potsdam, den 7. Oktober 1933.

Herrn

Hauptobservator Prof. Dr. Freundlich.

Auf Ihre Anfrage, auf wessen Meldung hin mein Zirkular betr. deutschen Gruß in Umlauf gesetzt wurde, erwidere ich, daß ich keinem Beamten des Observatoriums Rechenschaft über meine Maßnahmen als Direktor schuldig bin. Der Beschwerdeweg steht Ihnen offen.

Ich teile Ihnen ferner mit, daß von seiten des Direktors des Geodätischen Instituts vorgestern eine Beschwerde über Sie wegen Nichterwiderung des deutschen Grußes gegenüber einer Person aus seinem Institut eingelaufen ist. Auf Ersuchen von Herrn Professor Valien habe ich diesem gestern bei einem Besuch im Ministerium diese Beschwerde übergeben. Die Angelegenheit wird also vom Ministerium direkt weiter behandelt werden.

Gez. H. Ludendorff.

Die ministerielle Erledigung bestand darin, daß Professor Freundlich entlassen wurde, weil er sich zu der Affenkomödie nicht hergegeben hat, jenen Gruß mitzumachen, den die italienischen Faschisten eingeführt haben, um als rechtmäßige Nachfolger des weltbeherrschenden Alten Rom anzutreten, und den die braunen Agenten des Schwarzhemdes als „deutschen Gruß“ übernahmen, obwohl die alten Deutschen von den Römern unterjocht wurden. Wer grüßend nicht die rechte Hand hochstreckt, ist nicht mehr geeignet, dem Einsteinturm in Potsdam und der darin betriebenen wissenschaftlichen Forschung über die Bewegung der Gestirne vorzustehen.

Ueberhaupt Sonnenphysik und Einsteinturm — wie lange noch? „Einstein, der Erfinder der berühmtesten Relativitätstheorie“ hieß es schon einmal im „Berliner Lokalanzeiger“. Und wie sagte doch der Braunschweiger Nazimint-

ster Klages: „Eine Nation, die einen Goethe und einen Kant hervorgebracht hat, braucht sich von Einstein nichts vorschwatzen zu lassen“. Vielleicht sehen wir eines Tages noch den Astronomen Ludendorff mit seinen „Beamten“, wie er seine Kollegen nennt, nach den bestehenden Vorschriften Arbeitsdienst leisten, indem sie den verfluchten jüdischen Einstein mit Krampen, Spitzhaken oder zeitgerecht durch eine ausgiebige Sprengmine vernichten und damit, um Hitlers Lieblingswendung zu gebrauchen, Deutschland von einer Schmach des vergangenen Systems zu befreien. Sieg Heil!

## Unangebracht?

Die Zeitschrift „Die Sammlung“ schreibt zu Segers Buch „Oranienburg“ die folgenden Zeilen:

„Gerade bei der großen Bedeutung, die wir diesem Dokument beimessen, berührt uns peinlich und schmerzlich eine bestimmte Nuance, die es enthält. Seger findet es angebracht von den Reibereien zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die sich unter der Schreckensherrschaft des gemeinsamen Feindes hier und dort fortsetzen mögen, ausführlich zu berichten, ja er nimmt sogar in eine Kapitelüberschrift Schlagzeilen wie: „Kommunisten denunzieren Sozialdemokraten. Kommunisten paktieren mit SA.“ Die Vorkommnisse, von denen an diesen Stellen die Rede ist, seien so beschämend, so unverständlich wie immer: — noch beschämender, noch unverständlicher scheint es mir — und mehr als nur ein taktischer Fehler — von solchen Familienstreitigkeiten zu dieser Stunde vor den höhennenden Nazis und vor einem erstaunten Ausland zu berichten.“

Familienstreitigkeiten — so sagt die Zeitschrift. Wir wissen nicht, ob der Verfasser dieser Besprechung die offizielle kommunistische Literatur verfolgt, aus der er lernen würde, wie diese „Familienstreitigkeiten“ künstlich erzeugt werden. Der traurige Zustand, daß die Kommunistische Internationale ihre Anhänger auf die Sozialdemokratie hetzt, daß sie ihnen sagt: schlägt die Sozialdemokraten, dann besiegt ihr Hitler, ist den höhennenden Nazis wie dem erstaunten Auslande längst bekannt.

Dem Verfasser der Besprechung schwebt vor, daß alle Sozialisten ein gemeinsames Kriegsgewinn gegen den faschistischen Feind haben sollten, eine gemeinsame Kampfgesinnung, das gemeinsame Gefühl: wir haben alle nur einen Feind.

Es sollte so sein! Aber darf verschwiegen werden, daß in Oranienburg — und nicht nur dort, sondern in vielen anderen Lagern auch — sogenannte Kommunisten sich zu Henkersknechten der Faschisten gegen Sozialdemokraten gemacht haben? Darf verschwiegen werden, daß dies die Folge der kommunistischen Parteipropaganda gegen die Sozialdemokraten ist, die immer noch fortgesetzt wird?

Das Beste, was wir den Arbeitern in Deutschland geben können ist, daß wir ihnen die Wahrheit sagen, die ungeschminkte Wahrheit ohne alles Taktieren!

# Die Märtyrer von Tolpuddle

Ein Urteil vor 100 Jahren im Kampf um Koalitionsfreiheit

Vor hundert Jahren wurden sechs Landarbeiter aus Tolpuddle in Dorsetshire in England zu sieben Jahren Deportation verurteilt. Sie wurden beschuldigt, ungesetzliche Eide abgenommen zu haben. Ihr wahres Verbrechen bestand darin, daß sie eine örtliche Landarbeitergewerkschaft gegründet hatten. Die Landarbeiter von Dorsetshire erhielten zu dieser Zeit sieben Schilling Wochenlohn, während in den benachbarten Bezirken 10 Schillinge gezahlt wurden. Man hatte ihnen eine Lohnerhöhung versprochen. Als sie ausblieb, beschlossen sie, sich selbst zu helfen und eine Gewerkschaft zu gründen. Diese Gründung war gesetzlich zulässig. Die Männer, die die Gewerkschaft ins Leben riefen, waren nichts weniger als revolutionär. Sie waren, wie die konservative englische Presse heute anerkennt, Männer von gutem Charakter. Drei von ihnen waren Laienprediger der Methodistengemeinde. Ihr Führer, Georg Loveless, verteidigte sich vor Gericht: „Wir haben keinen Menschen an Ruf, Charakter, Persönlichkeit oder Eigentum geschädigt.“ Dennoch dies drakonische Urteil — angeblich zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und der — Freiheit!

Es war ein Terrorurteil, geboren aus der Furcht vor der in Bewegung geratenen Arbeiterschaft und aus dem bösen Gewissen der Landeigentümer und der besitzenden Schichten.

Die Erinnerung an die große französische Revolution schreckte alle Reaktionen.

Aus den Massen erhob sich die Forderung nach gleichen politischen Rechten, die revolutionäre Stimmung von 1830, die Wahlen nach dem ersten Reform-Act waren eben erst vorüber. Die Landarbeiter von Dorsetshire gründeten ihre Gewerkschaft im Namen der Freiheit, und wohlmeinende Männer standen ihnen bei. Es war eine kleine Lokalgewerkschaft, diese „Tolpuddle Grand Lodge of the Agricultural Labourers Friendly Society“ (Großloge der freundschaftlichen Landarbeitergesellschaft von Tolpuddle). Dennoch erweckte sie die Furcht und den Haß der Reaktion.

Ein Landeigentümer, James Frampton, einer der Führer des Widerstands gegen die Lohnforderungen der Landarbeiter, einer der Betrüger, die Lohnerhöhung versprochen und nicht gehalten haben, wandte sich an die Regierung um Hilfe gegen die Arbeiter. Der Innenminister Lord Melbourne lieferte die Anweisung, wie gegen die Gewerkschaft gerichtlich vorgegangen werden könnte. George Loveless und fünf seiner Freunde wurden verhaftet, prozessiert und verurteilt.

Die Begründung des Urteils durch den Richter

spiegelte den Haß des Bürgertums und des Kleinbürgertums gegen die beginnende Arbeiterbewegung wider, sie war zugleich ein Musterbeispiel für die Verlogenheit der Ideologie, die dieser Haß sich geschaffen hatte. Die

Arbeiter wurden verurteilt im Namen der Freiheit!

„Die unglücklichen Leute“ — so sagte der Richter in diesem Prozeß — „die solchen Vereinigungen angehören, werden in ihrer moralischen Wirksamkeit erniedrigt und einem Grad der Tyrannei unterworfen, den ein anderer Mensch sich kaum vorstellen kann. Sie sind gezwungen, aus ihrem geringen Einkommen so große Beiträge zu leisten, wie keine andere Menschenklasse sie der gesetzlichen Obrigkeit zu leisten hat, und vor allem wird ihnen das jedermann verbürgte Recht und die Freiheit genommen, zu arbeiten nach ihrem eigenen Gutdünken und für wen sie wollen.“

Die Freiheit, wie Unternehmer und Bürger sie auffassen, und die Freiheit, wie die Arbeiter sie verstehen, stießen in diesem Prozeß aufeinander!

Heute nach hundert Jahren wird gegen die deutschen Arbeiter ein einziger großer Prozeß von Tolpuddle geführt.

Ihre Gewerkschaften sind zerschlagen worden. Die Regierung hält jede selbständige Bewegung der Arbeiterschaft nieder. Jedes Streben nach Lohnerhöhung, nach Koalitionsfreiheit gilt als Verbrechen. Es wird bestraft mit Deportation ins Konzentrationslager. Die deutschen Arbeiter sind zurückgeworfen worden auf die Stellung der englischen Landarbeiter vom Jahre 1834 — ja, noch weiter zurück! Denn damals war die Bildung von Arbeiterunions schon gesetzlich zulässig, während sie heute in Deutschland verboten ist!

Das böse Gewissen der Bürger und der Haß der Kleinbürger von heute sind ebenso die Ursache des Terrors gegen die Arbeiterbewegung wie damals. Die Urteilsbegründung von 1834 ist der Vorläufer der nationalsozialistischen Anschauungen über die selbständige Gewerkschaftsbewegung. Wie diese Urteilsbegründung von dem moralischen Terror und der Tyrannei der Gewerkschaften sprach, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und die Gesellschaft dar-

## Die österreichischen Sozialdemokraten rufen euch zu:

Die beste und würdigste Unterstützung unserer schweren Arbeit ist

### Ein Abonnement der „Arbeiter-Zeitung“!

Erscheint allwöchentlich. Bezugspreis K 12.50 für ein halbes Jahr. Bestellungen sind zu richten an die Verwaltung der „Arbeiter-Zeitung“, Brünn, Zeile 83/12.

stellen, so heißt es in „Mein Kampf“ von Hitler:

„Unverschämte geistige Terrorisierung, empörende Mißhandlung menschlicher Freiheit... Gleich einer drohenden Gewitterwolke hing die „freie Gewerkschaft“ über dem politischen Horizont und dem Dasein des einzelnen. Sie war eines der fürchterlichsten Terrorinstrumente gegen die Sicherheit und Unabhängigkeit der nationalen Wirtschaft, die Festigkeit des Staates und die Freiheit der Person.“ („Mein Kampf“, Bd. 1, S. 53)

Man sieht: Adolf Hitler führt genau dieselbe Sprache wie der englische Richter vor 100 Jahren!

Die reaktionäre Gesinnung des Bürgertums, die verlogene Ideologie und die grauenhafte Dummheit des Kleinbürgertums aus den Anfängen der industriellen Revolution herrschen heute in Deutschland. Alle ausbeuterischen Instinkte sind befreit und geschützt, jede Selbstwehr der Arbeiterschaft wird unterdrückt. Das in seinen Grundfesten erschütterte bürgerliche System erinnert sich an die Anschauungen und an die Brutalität seiner Jugendtage.

Die deutschen Arbeiter müssen von vorne anfangen. Alles, was die Arbeiterbewegung seit hundert Jahren errungen hat, ist ihr verloren gegangen — aber nicht die Erinnerungen an hundert Jahre Kampf, nicht die Erinnerung an das, was sie besessen haben! Sie müssen von neuem beginnen mit dem Kampf um elementarste Rechte — aber heute wird dieser Kampf unmittelbar zum bewußten politischen Kampf gegen das bürgerliche System, gegen die Ausbeuter, die Regierung und die Richter in einem.

Die Verurteilten von Tolpuddle waren erste Märtyrer des Klassenkampfes. Seitdem sind ihnen unzählige Opfer nachgefolgt. Der Kampf der Arbeiter in Deutschland wird ebenfalls Opfer fordern — aber trotz alledem sind wir heute dem Ziele um hundert Jahre näher!

Max Klinger.

## Patronen auf Reisen

Die „Deutsche Reichspost“ „rüstet ab“! Wir lesen in der „Frankfurter Zeitung“:

„Die Deutsche Reichspost hat versuchsweise zugelassen, Patronen für Handfeuerwaffen in festen Holzkistchen verpackt als Päckchen oder Briefpäckchen zu versenden.“

Aus diesem erfreulichen Entschluß der deutschen Reichspost ist zu ersehen, wie überaus abgerüstet es im Lande Hitlers und Görings zugeht! Der Patronenbrief wird zum lieben Morgengruß des gleichgeschalteten Untertanen. Und Hitler spricht am Radio von Frieden.

## Schweigen

Das Land erdröhnt, die Rundfunkredner brüllen, wenn Göring ausruht, lärmt dafür Herr Ley, SA marschiert, und ihre Lieder füllen die deutsche Luft mit Brand- und Mordgeschrei. Was soll der Lärm? Wen gilt's zu überläuten? Sind nicht die deutschen Stämme „trou vereint“? Was soll der Lärm? Wer wagt noch, sich zu sträuben, wer wagt zu sagen, was er wirklich meint? Und doch — die allzu lauten Herren zeigen, daß ihnen irgendwas nicht gefällt. Sie haben recht: im Lande spricht — das Schweigen so laut, daß aller Lärm daran zerscheit. Indes die Redner ihren Geist verspritzen, pflanzt sich im Volke dumpfes Schweigen fort und weder Wachtparaden noch Haubitzen besiegen es. — Das Schweigen hat das Wort. Die einen winden sich in Jubelkrämpfen, die andern säen eine stille Saat, die heute stumm sind, werden morgen kämpfen. Das Schweigen rollt — im Schweigen rollt die Tat. Hugin.

## Stumme Szene

Marxisten demonstrieren mit dem Hitlergruß.

Eine ergreifende Kundgebung, die auch auf Unbeteiligte einen starken Eindruck gemacht

hat, ereignete sich unlängst im Urnenhain des Krematoriums zu Dresden. Es war bekannt geworden, daß drei Gefangene in einem der sächsischen Konzentrationslager — in welchem konnte unser Gewährsmann nicht sicher erfahren — sich erhängt hatten; verzweifelte Flucht, die einem Selbstmordversuch gleichkommt, oder freiwilliger Tod sind die letzten und einzigen Mittel für hundert solcher Opfer gewesen, sich den braunen Peinigern zu entziehen. Einer dieser drei Toten wurde zur Einäscherung ins Dresdener Krematorium überführt. Auch das war bekannt geworden und an allen Stempelstellen und bei sonstigen Gelegenheiten war die Parole herumgesprochen worden, diesem toten Kameraden ein letztes Geleit zu geben. Die Parole wurde befolgt. Zu Tausenden — unser Gewährsmann, der an diesem Tage zufällig in Dresden war und die Kundgebung mit angesehen hat, versichert, daß das keine übertriebene Phrase, sondern eine wahrheitsgetreue Feststellung ist: zu Tausenden erschienen die Anhänger aller sozialistischen Bewegungen im Urnenhain. Dort standen sie, strengste Disziplin während, schweigend um das Krematorium und zwischen den Grabstätten. Kein Wort wurde gesprochen. Ein ungeheures Aufgebot von SA-Mannschaften und Polizisten umschwirrte den Schauplatz. Die braunen und schwarzgrünen Truppen der „Ordnung“ waren in höchstem Maße aufgeregt, sie flitzten in ihren Dienstautos hin und her, die Kompressionshupen der Ueberfallskommandos zwischorten gellend und aufreizend. Aber es fand sich nicht der geringste, wenn wahrscheinlich auch noch so sehr ge-

wünschte Anlaß zum „Einschreiten“ — ein still und schweigend stehendes und wartendes Trauergelicht mit Gummiknüppeln vom Friedhof zu vertreiben, mochte man nicht wagen; man konnte nur aufgeregt abwarten, was die tausendköpfige Menge der Schweigenden etwa noch tun würde.

Und was tat sie? Als der Sarg mit dem Opfer des Regimes gebracht und durch die Reihen getragen wurde, öffnete sich ihm ehrerbietig eine Gasse. Auch jetzt fiel kein Wort. Aber — die schweigenden Männer und Frauen, alle, Kommunisten und Sozialisten, Unterdrückte des Dritten Reiches, Schicksalsgenossen des Toten — sie alle erhoben angesichts des Sarges die rechte Hand zum Hitlergruß. Nicht ein Wort fiel. Die SA, die Polizei stand fassungslos in peinigendem Erstaunen. Und es blieb nichts anderes übrig, dieser Gruß zwang sie — auch sie mußten die Arme erheben. Auch sie schweigend, aus anderen Gründen, und insgeheim knirschend oder ratlos verdattert in dieser unerwarteten Situation. Und so grüßten die uniformierten Schutztruppen des braunen Regimes das Opfer des braunen Regimes.

Unser Gewährsmann vermag den tieferschütternden Eindruck nicht zu schildern, den diese stumme Szene auf ihn als Ausländer gemacht hat: in diesem Deutschland müssen die Geknechteten den Gruß des Feindes anwenden, um ihrem toten Kameraden ein letztes Mal zu ehren! Eine Trauerkundgebung, außergewöhnlich in ihrer Art, demonstrierte stumm und schweigend und gerade darum weithin vernehmbar gegen die Machthaber der Diktatur.

## Tuffstein

Wo hast du denn die schönen warmen Ohren her?

Im Märzheft der „Neuen Linie“, die genau so gleichgeschaltet wie mondän ist, lesen wir:

„Stehrs welches Gesicht hat etwas Unfaßbar-Fesselndes. Es ist wie ein mondabeglanzter See... Grimms Auge zeigt, daß die Ich-Verschlossenheit des nordischen Menschen durch schwere Erlebnisse aufgebrochen wurde zu männlich-herbem Mitleiden... Bei Hermann Stehr ist das durchseelte Fleisch vorherrschend, bei Hanns Grimm das Knochengerüst und bei Frank Thieß die Stirn... Weichheit und Halbdunkel liegt in Hanns Johsts Gesicht, das Feste, Hitzig-Quellende des tyrischen Bauernfleisches ist zermürbt. Das Felsische im häuslichen Knochengerüst ist gelockert in's Tuffsteinartige. Besonders schön zeigt sich die Verfeinerung in den Ohren. — in ihren intensiven, ins Zarte gehenden Windungen: sie verraten Johsts sensiblen Stun für die Musikalität der Worte. Bei Johst ist das Ohr warm und vor allem nach unten, — bei Thieß ist es kälter und vor allem nach oben entwickelt.“

Beim deutschen Spießler ist es auch nach oben entwickelt, sehr lang, grau behaart und am Ende mit einer Spitze versehen.

## Land ohne Lachen

„Das große Komikersterben...“

Senta Söneland, Berlins kesseste, urwüchsigste Komikerin zieht sich von der Bühne zurück, tritt nicht mehr auf und hat das der Presse mitgeteilt. Eins der gleichgeschalteten Blätter

# Van Schiller zu Rosenberg

Van Prof.  
Dr. A. Kleinberg

## oder: Vom ästhetischen Weltbürgertum zum Blutmythos

Es war von jeher das Schicksal der wahrhaft Großen eines Volkes, daß spätere Geschlechter sie für sich in Anspruch genommen haben und ihr eigenes Wesen in ihnen vorgebildet glaubten. Und bis zu einem gewissen Grade mit Recht. Denn was Menschen wahrhaft groß macht, ist eben ihre Fähigkeit, die formenden Kräfte und die noch hauchzarten Keimenergien ihrer Zeit zu spüren und handelnd herauszustellen, aber das so Geschaut und Geleitet unterlegt der Dialektik des geschichtlichen Prozesses: das heißt, die Nachfahren und Erben unterlegen ihm den Sinn, der ihren Bedürfnissen entspricht, und führen das von jenen Großen Angebahnte zu ihren Zielen weiter. Darum widerstreiten die Bilden, die wir uns von historischen Persönlichkeiten und ihrem Wollen machen, bisweilen so auffallend dem wahren Urbild; darum sprechen selbst so viele Nicht-Hakenkreuzler einen Fichte oder Nietzsche als Stammväter des Dritten Reiches an; und deshalb konnte auch Schiller, trotzdem er diesen Idealen so fern als möglich stand, nach und nach zum Propheten des nationalen „Ordnungsstaates“, der Gegenrevolution, des Nationalismus und der Ständestaatsmystik avancieren.

Selbstverständlich ist für alle, die Schiller so zeitgemäß umdenken, der Dichter der „Räber“, der „Luise Millerin“ und des „Don Carlos“ noch nicht zur eigentlichen Wahrheit seines Lebens vorgedrungen, denn dieser wilde Feuergeist war ein so entschiedener Revolutionär Rousseauscher Prägung, daß es da nichts zu wenden und zu deuteln trieb, den trieb die Verzweiflung an allen irdischen Errungenschaften der Kultur und Zivilisation, an Familie, Recht und Freiheit allzu sichtbar in die utopische Anarchie des Räuberdaseins; der riß in „Kabaie und Liebe“ dem Herrschertum, der Bürokratie und allen gesellschaftlichen Lügen die glühende Maske allzu kühn vom Antlitz und preßte die höchste Forderung des rebellischen bürgerlichen Intellekts allzu einprägsam in Posas ewigen Ruf zusammen: „Geben Sie Gedankenfreiheit!“ Nicht genug daran, entwarf er, bereits an der Schwelle des reifen Mannesalters, als Geschichtsforscher und Geschichtsdarsteller ein so aufreizendes Bild des „Abfalls der Niederlande“, daß über diesem treu-historischen Epos der Freiheitskämpfe alle Anhänger des Gedächtnisses verstummten, alle Gefesselten und Unterjochten neuen Mut schöpfen müssen — kr also, dem der Pariser Konvent noch am 10. Oktober 1792 ein von Danton gezeichnetes Bürgerdiplom ausfertigte, können Gegenrevolution und Hakenkreuz beim besten Willen keinen Staat machen.

Umso aussichtsreicher erscheint da der Mann der späteren Jenenser und der Weimarer Jahre, für dessen Abkehr von der Revolution so manche Briefe und Xenien, so viele Gedicht- und Dramenstellen zeugen. Um

in aller Eile nur die süßesten Rosinen herauszupicken: schon im Oktober 1792 bezeichnete er sich Körner gegenüber als „Revolutionsfeind“ und am 8. Februar 1793, nach der Hinrichtung Ludwigs XVI., schrieb er demselben Freunde: „Ich kann seit vierzehn Tagen keine französische Zeitung lesen, so sehr eckeln diese elenden Schändersknechte mich an“. Noch größere, weil gedankliche Distanz zur revolutionären Freiheitsparole schienen die Verse des „Spaziergangs“ zu schaffen:

Seine Fesseln zerbricht der Mensch. Der Beglückte! Zerriß er Mit den Fesseln der Furcht nur nicht die Zügel der Scham! Freiheit ruft die Vernunft, Freiheit die wilde Begierde, Von der heiligen Natur reißen sie lüsternd sich los.

Ebenso zweifelhaft wurde das demokratische Mehrheitsprinzip in der Votivtafel „Majestas populi“:

Majestät der Menschennatur! Dich soll ich beim Haufen Suchen? Bei wenigen hast du von jeher gewohnt. Einzelne wenige zählen, die übrigen alle sind blinde Nieten, ihr lazes Gewühl hüllet die Treffer nur ein.

Und zum größten Labsal aller Philisterherzen zog endlich „Das Lied von der Glocke“ aus den Pariser Ereignissen die Lehre:

Wo rohe Kräfte sinnlos walten, Da kann sich kein Gebild gestalten; Wenn sich die Völker selbst befreien, Da kann die Wohlfahrt nicht gedehnen.

Stellen wir dazu noch die patriotische Begeisterung, von welcher „Die Jungfrau von Orléans“ und „Wilhelm Tell“ durchglüht sind, so haben wir genug Material beisammen, um die Einkleidung Schillers in das Kostüm eines nationalstisch-gegenrevolutionären Barden vornehmen zu können, aber mehr als ein täuschendes Faschingsgewand ziehen wir ihm damit nicht über. Denn diese und ähnliche Zitate, deren banale Abgegriffenheit schon darauf hinweist, daß da etwas nicht mit rechten Dingen zugeht, reißen aus dem Werk und der Geisteshaltung Schillers jene Stellen heraus, die späteren, kleineren Geschlechtern scheinbar nach dem Munde gesprochen waren, im Zusammenhang seines gesamten Denkens und Willens dagegen bekommen sie einen ganz anderen Sinn. Da zeigt sich nämlich, daß Schiller sein letztes Ziel, die Läuterung und Befreiung des Menschen, kei-

neswegs aufgegeben, sondern es bloß je mehr er aus Schulträumen in die harte Wirklichkeit hineinwuchs, in eine höhere Ebene verlegt hatte — was er an den französischen Ereignissen verdammt, war nur die Erscheinungsform, nicht ihre ewige Idee. Noch in seinem letzten vollendeten Drama, dem „Tell“, verfocht er das Recht des Volkes, gegen innere Tyrannei mit den Waffen in der Hand aufzustehen, und seine „Worte des Glaubens“ begannen mit dem feierlichen Bekenntnis:

Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei, Und würd' er in Ketten geboren, Laßt euch nicht irren des Pöbels Geschrei, Nicht den Mißbrauch rasender Toren; Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht, Vor dem freien Menschen erzittert nicht, Aber freilich: zu dieser Fähigkeit, wahrhaft

frei zu sein, muß der Mensch erzogen, muß er aus Rohheit oder Verbildung erst emporgeholt werden, sein gegenwärtiger Zustand ist, wie Schillers kulturpolitische Hauptschrift „Ueber die ästhetische Erziehung des Menschen“ (1793/94) ausführt, einfach tristlos: „Hier Verwilderung, dort Erschlaffung; die zwei Aeußersten des menschlichen Verfalls, und beide in einem Zeitraum vereinigt! In den niederen und zahlreicheren Klassen stellen sich uns rohe, gesetzlose Triebe dar, die sich nach aufgelöstem Band der bürgerlichen Ordnung entfesseln und mit unlenksamer Wut zu ihrer tierischen Befriedigung eilen. Auf der anderen Seite geben uns die zivilisierten Klassen den noch widrigern Anblick der Schlawheit und einer Depravation (Verderbnis A. K.) des Charakters, die desto mehr empört, weil die Kultur selbst ihre Quelle ist. Aus dem Natursohne wird, wenn er ausschweift, ein Rasender; aus dem Zögling der Kunst ein Nichtswürdiger. Die Aufklärung des Verstandes zeigt im ganzen einen so wenig veredelnden Einfluß auf die Gesinnungen, daß sie vielmehr die Verderbnis durch Maximen befestigt. Die Kultur, weit entfernt, uns in Freiheit zu setzen, entwickelt mit jeder Kraft, die sie in uns ausbildet, nur ein neues Bedürfnis; die Bande des Physischen schnüren sich immer beängstigender zu, so daß die Furcht, zu verlieren, selbst den feurigen Trieb nach Verbesserung erstickt und die Maxime des leidenden Gehorsams für die höchste Weisheit des Leben gilt. So sieht man den Geist der Zeit zwischen Verkehrtheit und Rohigkeit, zwischen Unnatur und bloßer Natur schwanken, und es ist bloß das Gleichgewicht des Schlimmen, was ihm zuwellen noch Grenzen setzt.“ (5. Brief.)

Was Schiller hier als eigentliche Quellen des Unheils charakterisiert, sind, genau besehen, jene Bindungen, zu denen das „Dritte Reich“ mit aller Macht wieder zurückstrebt: die biologische Bindung des Naturstandes, die durch den Rassegedanken förmlich zum Idol erhoben wird, und die zivilisationsbedingte der festen Ständeordnung, die im Führerprinzip erst recht triumphiert. Weil von den beiden Hakenkreuzforderungen die erste die Menschen für immer in den Kreis der Tierheit bannt, die zweite die Gegensätze unter ihnen hierarchisch verewigen will, widerstreiten sie schnurstracks jenem Königsgedanken Schillers, dem die „Ästhetischen Briefe“, die „Künstler“ und die lyrischen Bekenntniswerke „Die Ideale“ und „Das Ideal und das Leben“

## A propos, Rasse . . . .

### Bismarcks Wort rüht sich am Enkel!

In den Zeiten des deutschen Kaiserreichs war es nichts seltenes, daß ein verarmter Adelsproß durch die Ehe mit einem jüdischen Goldfischlein sich aus seinen Schulden herausbeiratete. Auf diese Weise kamen in baonkrotte Junkerfamilien neue Geldströme — auf die Blutströme achtete man damals weniger. Von Bismarck geht die Legende, daß er solche Ehen nicht ungern gesehen und Vorstellungen legitimistischer Kreise mit dem derben Wort zurückgewiesen habe: Ach was, ein deutscher Hengst und eine jüdische Stute, das gibt eine gute Kreuzung.

Jetzt rüht sich sein Wort an seiner eigenen Familie. Die in Deutschland neugegründete Adelsvereinigung, die — im Gegensatz zur bisherigen — nur ganz reinrassige Adelsgeschlechter aufnimmt, hat soeben dem Bismarck-Enkel Fürst Otto von Bismarck, Legationsrat zu London und seinem jüngeren Bruder Graf Gottfried von Bismarck-Schönhausen die Aufnahme verweigert. Die Untersuchung hat ergeben, daß eine Großmutter der Familie Bismarck aus der englischen Familie Whitehead stammt, deren Oberhaupt Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde von London gewesen ist . . . .

Der neckische Zufall will, daß Otto, der Enkel, eine Zeit lang deutschnationaler Reichstagsabgeordneter von Hugenbergs Gnaden, sein Bruder Gottfried gar nation-

alsozialistischer Abgeordneter des letzten sogenannten Reichstages war. Die Deutschnationalen hatten den Bismarck-Enkel Otto, einen politisch unerfahrenen jungen Mann, seinerzeit aus reiner Reklamesucht aufgestellt. Als die Linkspresse das rügte, schrieb Hugenbergs „Lokalanzeiger“, der Fürst werde seinen Gegnern noch viele Ueberraschungen bieten, man werde staunen, was alles aus ihm werden würde.

Jetzt kann der Bismarck-Enkel nach berühmten Mustern fragen: „Wißt Ihr, was ich geworden bin? — Rausgeschmissen bin ich geworden!“

Bismarck hat nicht nur mit seinen lebenden, sondern auch mit seinen toten Denkmälern viel Pech im Sinne des „Dritten Reiches“. Sein berühmtes Hamburger Denkmal (die Roland-Statue) stammt von dem Juden Lederer, das ebenfalls bekannte Bremer Bismarckdenkmal, sowie der Bismarckbrunnen in Jena sind Erzeugnisse des halbjudischen Bildhauers Adolf v. Hildebrand, desselben, dem die Stadt München ihren berühmten Wittelsbachbrunnen verdankt. Wäre es nicht endlich an der Zeit, diese und anderer Verirrungen einer traurig aufgeklärten Epoche kurzerhand „umzulegen“? Es wäre eine nutzbringende und würdige Beschäftigung für die SA!

Berlin wagt zu dem Entschluß der berühmten Senta folgenden kritischen Kommentar:

Ein Sorgenbrecher weniger in Berlin, über das ein großes Komikersterben hereingebrochen ist. Max Adalbert ist nicht mehr, eben starb der alte Diegelmann. — für viele von gestern ist kein Platz mehr. — Der Berliner Humor muß durch eine Krise hindurch.

Wird euch allmählig Angst? Und denkt ihr ab und zu an den beliebten Komiker, der bei Ausbruch des Dritten Reiches Selbstmord beging, weil Lachen und Leben in einer Despotie nur bitter sein können? Göbbels forderte kürzlich „mehr Heiterkeit“, denn den braunen Oberbönen wird die grimmige Stimmung des Volkes unbehaglich. Keine Sorge, es wird gelacht — wenn auch anders, als Isidor wünscht: der Witz hat sich von der gefesselten, bespitzelten, zensurierten Bühne anonym unter Publikum geflüchtet; Zorn und Verachtung waren noch immer die Quellen der schärfsten Satire.

### Der Bider — Stier

Berlin bekommt einen „Fruchtbarkeitsbrunnen“ als täglichen Mahner für das junge Volk, die germanische Erde mit neuem Kriegsvolk zu bevölkern. Nördlich vom Friedrichshain, auf dem Arnswalderplatz, soll ein riesiges Stierdenkmal aufgestellt werden. Die Anregung geht von Adolf, dem Kinderlosen, aus, wie man in frommer Scheu erzählt. Natürlich ist das Motiv nicht aus der „marxistischen Afterkultur“ genommen, son-

dem aus der fruchtbaren Fantasie der germanischen Vorfahren, denn der Stier hat, wie man weiß, wenig Intelligenz, aber um so stärkere Hörner und Schenkel, er ist von älterer das Sinnbild der Fruchtbarkeit. Also nicht „marxistische Afterkultur“, sondern etruskischer Phalluskult.

Im deutschen Vaterlande blühen Kriegsindustrie, Sargfabrikation, Uniform- und Abzeichen-Herstellung und Denkmalsbau. Nur noch Feinde des Vaterlandes können an Deutschlands Aufstieg zweifeln!

### Die Giftgas-Humoristen

Nichts widerwärtigeres gibt es als die Mischung von Gartenlauben-Kitsch, verdrängter Erotik und Hurragefühlern, mit der in Deutschland das große Weltkriegsmorden vorbereitet wird. Da liest man in den „Hamburger Nachrichten“ einen Bericht über ein „Buntes Luftschutzfest“ in Fuhlsbüttel:

„Das war in der Tat einmal etwas Besonderes und fein Durchdachtes, ein Fest, durchaus auf den Ernst eingestellt und dabei mit einem wundervollen Humor gepaart, so daß es noch lange nachklingen und nachhalten wird. Gleich die Festansprache des Abschnittsführers führte jedem Teilnehmer den hohen Ernst und die Notwendigkeit, Luftschutz zu üben und zu treiben, vor Augen. . . . Es folgte dann die Auf-führung einer „ernst-heiteren“ Revue: „Wenn am Sonntag Morgen der Luftschutz sich rührt.“ Alles schlägt zum Guten aus, die Frauen erkennen in dem Luftschutz mehr als eine Spielerei und Lotte bekommt ihren schneidigen Halbzeugführer. Wir nahmen

am Kirchgang mit Hindernissen, mit und ohne Gasmaske teil und ließen uns auch das Preisrädchen mit nachfolgender Entgiftung nicht entgehen.“

Es haben nur noch die röchelnden Opfer moderner Giftgase, aufgetriebene Leichen von Männern, Frauen und Kindern mit verzerrten Gesichtern und in Qual verrenkten Gliedern gefehlt.

### Braune Signale

„Die Reichsmusikkammer veranstaltete in der Philharmonie ihre erste öffentliche Musikversammlung. . . . Nach Richard Strauß, der von der Hörerschaft begeistert begrüßt wurde, entwickelte der Geschäftsführer der Kammer, Dr. Friedrich Mabling, in tief durchdachten Ausführungen die Leitgedanken der von der Musikkammer zu leistenden Gemeinschaftsarbeit, die nach Seiten der Wirtschaft (1), des Rechtes und der Kultur die Ausgleichung privater Interessen mit denen der Gesamtheit im Sinne des neuen Reiches schaffen muß. . . . In einem begeisterten Sieg-Heil auf den Führer, der die deutsche Kunst als Ausdruck deutscher Kultur in seinen besonderen Schutz genommen hat und dem Horst-Wessellied klang die imponierende Versammlung zukunftsreudig aus.“ (Aus Nr. 8 der „Signale für die musikalische Welt“.)

Das sind die einzigen Töne, die diese Ohrenbläser der braunen Barbarei noch zur Verfügung haben. Arme deutsche Musik — jetzt rangiert sie schon auf dem Niveau des Horst-Wesselliedes!

### Rindvieh mit Hakenkreuz

#### Julius Streichers Klagefiel.

Ueber einen neuen Mißbrauch der nationalen Symbole klagt Julius Streichers „Fränkische Tageszeitung“:

Man sollte es nicht für möglich halten, daß es trotz allem immer noch Unternehmen gibt, die aus der Verbreitung solcher Geschmacklosigkeiten Kapital zu schlagen versuchen.

So hat es in Hamburg ein Verlag (Hans Anders) fertiggebracht, eine Postkarte zu verbreiten, die mit dem sinnigen Text „Ein Zeichen der Zeit als Naturwunder!“

die Abbildung eines Kalbes mit dem Hakenkreuz auf der Stirn

bringt. Die Geschäftstätigkeit des Verlages geht so weit, daß er auf der Karte eine Bescheinigung des Amtsvorstehers nebst Unterschrift und Siegel vorweist, die offiziell bestätigt, daß dieses Kalb mit dem Hakenkreuz auch tatsächlich am 22. Oktober 1933 zu Wrist in Holstein zur Welt gekommen ist.

An diesem Tatsachenbericht knüpft das nationalsozialistische Blatt wörtlich die folgende bitter-ironische Bemerkung:

Vielleicht finden sich sogar noch einige Zeitgenossen, die dies zum Anlaß nehmen, um eigens eine besondere Rindviehrasse zu züchten, die zwischen den Hörnern auf der Stirn das Hakenkreuz trägt.

Eine schätzbare Anregung, die hiermit an eine breitere Öffentlichkeit weitergegeben sei.

gleicherweise vorkämpften: der Harmonisierung des Menschen durch die Kunst. Warum Schiller gerade der Kunst die Fähigkeit zusprach, die verhängnisvolle Kluft zwischen der physischen und der geistigen Natur des Menschen überbrücken und dadurch erst die volle Entfaltung aller Kräfte in alle Wege leiten zu können, darf hier füglich unerörtert bleiben. Umso wichtiger ist für uns das „Grundgesetz“, dem er im „ästhetischen Staate“ Erfüllung erhoffte, nämlich „Freiheit zu geben durch Freiheit“, und das Bild, das er sich im sehnsüchtigen Gedanken an die versunkene attische Kultur von der vollendeten Entwicklung machte: „Zugleich voll Form und voll Fülle, zugleich philosophierend und bil-

dend, zugleich zart und energisch sehen wie sie die Jugend der Phantasie mit der Männlichkeit der Vernunft in einer herrlichen Menschheit vereinigen.“ (27. und 6. Brief.)

Niederlegung alles Trennenden, Ueberwindung des „dynamischen Staates der Rechte“ und des „ethischen Staates der Pflichten“, der biologischen Bestimmungen des Blutes und der gewaltgesetzten des Standes oder der Klasse, weltumfassende Brüderlichkeit im Zeichen der Kunst, der Persönlichkeit und der Freiheit — das war das große kulturpolitische Gedankenerbe, das Schiller dem neunzehnten Jahrhundert weitergab, und das deutsche Bürgertum mochte sich solange für dessen Sachwalter halten, als ihm dieser Staat der

lichte und der Pflichten, des Nationalismus und Kapitalismus noch nicht gehörte, ja selbst bei der Jahrhundertfeier von 1859 hielt es sich vielleicht noch guten Glaubens für den Vollstrecker Schillerscher Ideen. Seither mußte die Berufung auf den großen Apostel der Freiheit und Menschlichkeit immer mehr zur widerlichen Heuchelei werden, zu jener Verlogenheit, die jedes Wort des Mannes ausgehöhlt und in ein abgegriffenes „Zitat“ banalisiert hat, und heute ist für das offizielle Deutschland sein Botschaft tot: denn einer Welt der biologischen und ständischen Bindungen, des rassistisch-verbildeten Blut- und Gewaltmythos Rosenbergs hat der überzeugte Verächter eben dieser Bindungen weniger als nichts zu sagen.\*

gesamte Kraftfahrzeugindustrie eins weiß mit dem Willen des Führers, das große Ziel anzustreben, die rückständige Motorisierung Deutschlands nachzuholen und den Fahrzeugbestand auf die Höhe zu bringen, die der Kultur und der Kopfhöhe des deutschen Volkes angemessen erscheint.“

Die Kulturhöhe eines Volkes wird bemessen nach dem Grade des Wohlstands und des Glücks seiner arbeitenden Massen. Die Arbeiter in Deutschland leben unter elenden Bedingungen, ihre Not wird immer größer. Mehr Autos in Deutschland — aber wer kann sie kaufen? Der Arbeiterschaft geschieht die Ehre, daß die Autos der Unternehmer auf die Kopfhöhe der Arbeiter berechnet werden. Wieviel Arbeiterköpfe gehen auf ein Unternehmerrauto? Wieviel Autos muß ein Unternehmer oder ein Großwüchenträger des Dritten Reiches besitzen, damit die Zahl der Autos in Deutschland der Kopfhöhe der Arbeiter entspricht? Wird die Barbarei des Dritten Reiches von neuer kultureller Herrschaft abgelöst, wenn jeder Unternehmer ein Dutzend Autos besitzt, während die Arbeiter verhungern?

Aber es geht ja gar nicht um die Kultur! Die nationalsozialistische pflanzliche Presse spricht von einem tieferen Sinn der deutschen Motorisierung:

„Es ist nur ein Punkt in dem großzügigen Programm des Führers, die militärische Schlagkraft der Nation für die Stunde der Entscheidung zu erhöhen.“

Sie reden von der Kultur des deutschen Volkes, aber sie meinen den Krieg. Die Stunde der Entscheidung — was ist das anders als die Stunde, in der der wiederaufgerüstete deutsche Militarismus über Europa herfällt! Während Hitler vom Frieden redet, wird der nächste Krieg vorbereitet, und alles was in Deutschland geschieht, dient diesem Zwecke.

## Riesensteuerschiebung des Stahlvereines

Mit Hilfe der Reichsregierung! — Der braune Sumpf stinkt zum Himmel

Vor einigen Monaten berichteten wir über den bisher ungeheuerlichsten Fall von Nazi-Korruption: die „Reorganisation“ der Vereinigten Stahlwerke. Im Frühjahr 1932 hatte das Reich unter der Regierung Brüning-Dietrich, um einen Zusammenbruch der Vereinigten Stahlwerke zu verhüten, die Mehrheit ihrer Hauptaktionäre, der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, zu einem sehr hohen Preis erworben. Damit hatte

das Reich die Herrschaft über den größten deutschen Montan-Konzern.

ja über den wichtigsten Teil der deutschen Eisen- und Stahlproduktion überhaupt erlangt. Zur völligen Sozialisierung der Schwerindustrie fehlte nur noch der politische Schritt. Ihn zu verhindern, war fortan die Hauptsorge der Montan-Fürsten — und der Hauptgrund für die Millionen, die seitdem die Schwerindustrie unter Führung von Fritz Thyssen bei den Nazis „anlegte“.

Und diese Kapitalanlage lohnte sich. Mit der Machtergreifung Hitlers war die Angst, das Reich könnte mit der Sozialisierung der Schwerindustrie ernst machen — sogar Schleicher soll sich ja unter wehrpolitischen Gesichtspunkten mit solchen Gedanken getragen haben — mit einem Schlage beseitigt und Thyssen, Otto Wolff, Haniel und Flick konnten wieder ruhig schlafen. Aber es blieb noch immer die Aktienmehrheit des Reiches. Man brauchte nicht mehr zu befürchten, daß irgend ein „unangemessener“ Gebrauch davon gemacht würde, aber sie störte doch mindestens das Selbstbewußtsein der Wirtschaftsführer. Thyssen als dem persönlichen Freunde Hitlers konnte es nicht schwer fallen, auch das in Ordnung zu bringen.

Ende Oktober war es so weit: die Vereinigten Stahlwerke wurden mit Zustimmung des Reichs derart umorganisiert, daß die Reichsbeteiligung künftig nicht mehr die Mehrheit, sondern noch nicht einmal ein Viertel ausmachte. Dabei machte man noch einen ansehnlichen Buchgewinn und im Gesamtergebnis hatte sich der Stahlverein auf Kosten des Reichs saniert.

das Reich aber war zu einer unbedeutenden Miuderheitsaktionärin geworden.

Das Reich hatte bei dieser ganzen Transaktion keinen roten Heller zurückerhalten. Wer glaubt, daß man die Schamlosigkeit großkapitalistischer Bereicherung auf Kosten des Reichs noch weiter treiben kann? — Man kann! In diesen Tagen hat sich ein Nachspiel ereignet, das der ganzen Geschichte erst die Krone aufsetzt. Die Sache ist nämlich die: Bei jeder solcher Fusionen werden hohe Kosten fällig für Kapitalverkehrssteuern, Grunderwerbssteuern, Gerichts- und Notariatsgebühren usw., die in die Dutzende von Millionen gehen. Immerhin, die Kosten hätten sich gelohnt, wenn — ja wenn man sie überhaupt bezahlt hätte. Allerdings, es handelte sich um gesetzlich geschuldete Steuern und Gebühren. Aber was ist im Dritten Reich einfacher, als Gesetze zu ändern, die den Schwerindustriellen un bequem sind. Die Gesetze werden nicht mehr vom Reichstag gemacht, nicht einmal der Reichspräsident hat mehr ein Wort mitzureden. Das macht die Reichsregierung ganz alleine und die Öffentlichkeit erfährt nur das, was sie erfahren soll. Und also geschah es: die Reichsregierung erließ ein „Gesetz über die Abgabenerhe-

bung bei der Neuordnung des Stahlvereinkonzerns“ vom 7. März 1934, in dem der Reichsfinanzminister ermächtigt wird,

die bei der Umbildung der Vereinigten Stahlwerke fällig werdenden Steuern „in Pauschbeträgen festzusetzen“

und ebenso sollen die Länder bei den Gerichts- und Notariatsgebühren verfahren. Die Gesetze sind also für diesen Fall außer Kraft gesetzt. Hatte die Reichsregierung etwa hinterher Gewissensbisse bekommen und wollte sie sich für ihren Liebesdienst von den Stahlmagnaten mit höheren Steuersätzen als den allgemein gesetzlichen bezahlen lassen? Keine Sorge! Sie will sich überhaupt nicht bezahlen lassen, sie will überhaupt kein Geld — sie will diese große Aktion zur Rettung der Schwerindustriellen, mit der sie doch schließlich nur einen Teil ihrer Dankeschuld abstattet, nicht zu einem kleinen jüdischen Schnorrergeschäft herabwürdigen lassen. Sie wird nur eine Anerkennungsgabe entgegennehmen und die wird in neuen Aktien des Stahlvereins bestehen. Glänzende Idee! Nachdem das Reich

mit seiner Beteiligung von der Hälfte auf weniger als ein Viertel heruntergegangen ist, erklären sich die Thyssen, Haniel und Konsorten großmütigst bereit,

an Stelle der fälligen Steuerschulden dem Reich einige neue Aktien

zu übertragen. Das kostet nichts, ist völlig ungefährlich und sieht obendrein gut aus. 23,53 Millionen vom neuen Aktienkapital sind dafür bereitgestellt. Der Herr Reichsfinanzminister von Schwerin-Krosigk wird die Liebeshandlung haben, den Pauschbetrag der Steuern gerade auf diese Summe festzusetzen und alles ist in schönster Ordnung.

Der Reichstag ist glücklicherweise ausgeschaltet, eine unabhängige Presse gibt es nicht mehr, eine öffentliche Meinung schon gar nicht — was kann der deutschen Reichsregierung, was kann den Trustmagnaten schon passieren? Denn alles geschieht ja doch nur für Deutschland und immer nur für Deutschland und über all dem waltet der bekannte Wahlspruch des Dritten Reiches: Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

Ernst Anders.

## SA „untersucht“ Mädchen!

Aus Schlesien wird uns geschrieben:

In verschiedenen Gegenden unseres Landes macht sich jetzt ein toller Unfug breit. Angeblich um der Verbreitung verbotener Schriften zu begegnen, sind besondere Abteilungen der SA gebildet worden, denen der Kampf gegen den Schriftenschmuggel obliegt. Diese Abteilungen „zur besonderen Verwendung“ haben das Recht, auch Körperdurchsuchungen vorzunehmen und machen von ihm reichlich Gebrauch. Dabei fällt allgemein auf, daß junge Frauen und Mädchen mit besonderer Vorliebe zum Gegenstand solcher Amtshandlungen gemacht werden. Sie werden aufgefordert, in einen Hausflur mitzukommen, und dort wird dann „untersucht“. Die auf diese Weise schamlos Belästigten müssen dann noch froh sein, wenn ihnen weiter nichts passiert. Sie müssen sich hüten, über das Vorgefallene zu sprechen, weil sie sonst riskieren, wegen Verbreitung von Greuelnachrichten ins Konzentrationslager zu kommen. Würde aber der Gatte, der Vater, der Freund einer so belästigten Frau einen der schamlosen Burschen niederschlagen, so hätte der Henker ein Opfer mehr!

Die braune Besatzung an der Oder und der Neiße ist viel schlimmer als es die schwarze am Rhein war; gegen sie gibt es überhaupt keinen Schutz. Im „korrupten Zwischenreich“ durften auch Diebinnen und Prostituierte nur von weiblichen Vertrauenspersonen untersucht werden; in dem glorreichen Dritten Reich aber, in dem bekanntlich die „Ehre der Frau“ besonders geschützt ist, müssen sich ehrbare deutsche Frauen von schmutzigen Lämmern alles gefallen lassen.

Die anständige Bevölkerung Schlesiens würde es heute mit Freuden begrüßen, wenn ausländische Korrespondenten dem Amtsreich der Brückner und Helms ihr Augenmerk zuwenden wollten. Lärm in der ausländischen Presse ist das einzige, vor dem das Gesindel noch Angst hat.

Sie wollen nicht aufs Land!

300 arbeitslose Mädchen sollten von Hamburg nach dem Osten zur Landhilfe deportiert werden, um die Statistik zu verschönern und die Staatskasse zu erleichtern. Laut „Hambg. Fremdenblatt“ meldete sich keine einzige da-

zu freiwillig, aber über 150 meldeten sich krank, 30 schieden aus der Unterstützung aus und verzichteten auf jeden Groschen, um daheim bleiben zu dürfen. Schließlich brachte man 200 so weit, daß sie sich zur Annahme der Arbeit bereit erklärten, nachdem ihnen ihre Pflichten und die Folgen einer Weigerung klargemacht worden waren.

Es ist der reine Sklavenhandel!

## Der Dank

Aus dem Brief einer Volksbibliothekarin an die „Deutsche Kämpferin“, eine nationalsozialistische Frauenzeitschrift (Märzheft 1934):

„Viele Jahre stand ich im Beruf, vor und während meiner Ehe, immer mit der gleichen Liebe zu meiner Arbeit, der Arbeit am Menschen, und beseelt von der großen kulturellen Aufgabe, die wir zu erfüllen haben. Ich habe stets danach gestrebt, mein Amt für Volk und Vaterland nach bestem Gewissen zu verwahren. Betonen möchte ich noch, daß ich bereits von 1931 (meiner Amtsübernahme) an alles daran gesetzt habe, um ungeeignete Bücher (Asphaltliteratur und volksverseuchendes Schrifttum) meiner nach echter und aufrichter Literatur verlangenden bürgerlichen Leserschaft fernzuhalten. Wir haben auch kein einziges Werk abzulehnender Literatur angeschafft!“

Dafür wurde ich am 1. April 1933 fünf Monate lang zwangsbeurlaubt. Dann erhielt ich die Kündigung ohne Angabe des Grundes. Auf mein sehr gutes Zeugnis setzte man die Bemerkung, daß man mich auf Grund der Bestimmungen über das Doppelverdienerverbot (ich erhielt eine Entschädigung von 28 RM. monatlich!) habe entlassen müssen, und zwar geschah das in dem Augenblick, als man auch meinen Mann aus „Sparsmaßnahmen“ seines Amtes als Stadtbibliothekar entlassen hatte.

## Motorisierung

Alles dient dem Kriegszweck!

In Heft II der Zeitschrift „Motor und Sport“ liest man über: „Die Absicht Hitlers, die deutsche Kraftfahrzeugindustrie zu beleben“, das folgende:

„Es ist selbstverständlich, daß sich die

## Front des Geistes

Neue bemerkenswerte Veröffentlichungen.

Im Verlag der Nordböhmischen Druck- und Verlagsanstalt Gärtner und Co. in Bodenbach ist eine Broschüre von Emil Franzel erschienen: „Der Bürgerkrieg in Oesterreich“. Eine politisch-militärische Betrachtung. Diese Broschüre hat im Prager „Sozialdemokrat“ Nr. 64 eine Antwort von Otto Bauer hervorgerufen, in der Otto Bauer auseinandersetzt, daß politische Defensive nicht notwendig militärische Defensive bedingt und in Wien auch nicht bedingt habe.

Im „Aufruf“, Streitschrift für Menschenrechte Nr. 12, schreibt Gregor Blönsstock über die europäische Lage:

„Vielleicht werden wir in den nächsten Monaten eine Atempause erleben. Man gebe sich keinen Illusionen hin: diese Atempause ist nicht die Einleitung einer neuen Friedensära, sie dient der Vorbereitung der letzten Auseinandersetzung zwischen Europa und Faschismus.“

Ilya Ehrenburg veröffentlicht eine historisch kritische Darstellung der jüngsten Ereignisse in Oesterreich unter dem Titel „Der Bürgerkrieg in Oesterreich“. Er untersucht Ursachen, Ablauf und die voraussichtlichen Folgen der blutigen Ereignisse. Die Arbeit erscheint deutsch als Sondernummer der „Neuen deutschen Blätter“ Prag.

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: „Graphia“; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40. (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Geyenwert in der Landeswährung: (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—) Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Gold 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.018 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Saargebiet F. Fr. 1.50 (18.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (0.96).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“, Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.